Sowjetische "Abrüstungs"vorschläge dienen der Verschleierung der Kriegsvorbereitungen. Seite 10

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 52 vom 27. 12. 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Wohlstandsgesellschaft? Konsumgesellschaft? Wohlfahrtsstaat?

Millionen leben in bitterer Armut

Massenhaftes Elend in der Bundesrepublik? Bittere Armut in Hamburg, München, Dortmund? Die bürgerlichen Politiker streiten das entrüstet ab. Elend, massenhafte Armut gibt es in Indien oder in Afrika, das kann man in jedem Schulbuch nachlesen. Bei uns gibt es den Sozialstaat, der jedem ein menschenwürdiges Leben garantiert. Und weil wir das glauben sollen, sind die Worte Armut oder Elend in Presse, Funk und Fernsehen genauso verpönt wie die Worte Proletarier und Kapitalisten. Sicher liest man mal von einer alten Frau, die verhungert ist. Aber das ist ein ,,tragischer Einzelfall''. Man liest auch von Pennern und Obdachlosen. Aber die sind nicht arm, sondern faul.

In dieser Situation hat die Studie des CDU-Politikers Geißler, die vor einiger Zeit veröffentlicht wurde, auf viele Menschen wie ein Schock gewirkt. 6 Millionen Arme gibt es danach in der Bundesrepublik. Das sind 10% der Gesamtbevölkerung. 6 Millionen, die zeigen, daß es nicht ,,Pech'' ist, wenn die Arbeiterfamilie nebenan weniger als 1000 DM hat, um vier Personen zu versorgen. 6 Millionen, die zeigen, daß es nicht deshalb bei der alten Frau nebenan so kalt ist, weil alte Leute eben weniger Wärme brauchen, sondern weil sie wie Hunderttausende mit ihr eine Rente bekommt, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist.

Diese Studie ist keine ,,Übertreibung'', weil die CDU der SPD eins auswischen will. Sie ist sogar noch untertrieben. Nach einer Untersuchung von Karl-Heinz Roth im Jahre 1971 lag die Zahl der Armen bereits damals bei 20% der Gesamtbevölkerung. Inzwischen aber gibt es über eine Million Arbeitslose. Das Elend ist noch größer geworden.

Wer trägt die Schuld an diesem massenhaften Elend?

Es sind die Kapitalisten, die einem Familienvater so wenig Lohn zahlen, daß für seine Familie nicht einmal das Existenzminimum garantiert ist. 1974 hatten 35% aller Arbeiterfamilien mit drei kleinen Kindern, wo die Frau nicht mitarbeiten konnte, weniger als 1400 DM zur Verfügung. Es sind die Kapitalisten, die Tausende und Abertausende von Familienvätern auf die Straße werfen, weil sie kalkulieren, um ihren Profit, nicht aber ein menschenwürdiges Leben für Proletarier und ihre Kinder zu sichern.'

Es ist der kapitalistische Staat, der alte Menschen, die sich kaputtgearbeitet haben, aus denen sich kein Profit mehr herauswirtschaften läßt, in Not und Elend stürzt. Rund 2 Millionen Arbeiterinnen erhalten Renten unter 400 DM. Rund 400000 Bauern erhielten 1969 ein landwirtschaftliches Altersgeld unter 200 DM. Geißler gibt an, daß heute 1,1 Mio. Rentnerhaushalte mit 2,3 Mio. Menschen von Renten leben, die unter dem staatlich festgesetzten Existenzminimum liegen.

Da ist es nichts anderes als Hohn, wenn der gleiche Staat behauptet, so gut wie heute sei es uns noch nie gegangen, wenn er den Menschen einhämmert, Armut sei heute eine Schande.

Die Armut, die heute in der Bundesrepublik anzutreffen ist, ist nicht ,,selbstverschuldet''. Man kann ihr nicht mit persönlichen Ratschlägen und nicht mit karitativen Maßnahmen beikommen. Während Millionen in Elend leben, wächst auf der anderen Seite, auf der Seite der Kapitalisten, der Reichtum. Der Reichtum dieser Handvoll Kapitalisten und die Armut der Millionen, das sind nur zwei Seiten einer Medaille: des Kapitalismus, der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse. Der kapitalistische Staat hat dabei nicht die Aufgabe, den Armen zu helfen. Er ist dazu da, den Reichtum der Kapitalisten zu vermehren und mit Polizei, Justiz und Bundeswehr die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen zu unterdrücken. Gegen die Armut kämpfen, heißt deshalb gegen die Ausbeutung, gegen den kapitalistischen Staat zu kämpfen. Der Weg zu einem sorgenfreien Leben für die Werktätigen ist darum der Weg der sozialistischen Revolution, der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Wir bauen ein neues, blühendes Kambodscha auf!



Die revolutionären Soldaten bewachen die Tempel von Angkor Wat. Über die Entwicklung des befreiten Kambodscha berichten wir auf Seite 9.

Neujahrsgruss

Zum Jahresende danken wir allen Lesern und Freunden des ROTEN MORGEN, allen Genossen für ihre Unterstützung im vergangenen Jahr. Mit den folgenden Versen aus dem Gedicht ,,Proletarier-Neujahr'' von Erich Weinert wünschen wir allen Lesern und Freunden des ROTEN MORGEN ein frohes Neues Jahr und neue Erfolge in unserem gemeinsamen Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Denn einmal kommt doch ein Neujahrstag!
Da schlägt dein Herz einen freieren Schlag.
365 Morgen
Nicht mehr für die Herrschenden sorgen!
365 Tage
Nicht mehr die alte Zuchthausplage!
365 Nächte
Im Glück der erkämpften Rechte!

Dann reichen wir aller Welt die Hände dar.
Und über alle befreiten Länder
Funken die Sender:
Genossen, ein glückliches neues Jahr!

Redaktion ROTER MORGEN

Delegation der KPD/ML in Albanien eingetroffen

Am 13. 12. 75 meldete Radio Tirana:

Auf Einladung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens traf eine Delegation der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, geleitet vom Vorsitzenden der Partei, Ernst Aust, in Albanien ein. Die Delegation wurde vom Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens Ramiz Alia und anderen Genossen empfangen.

Honecker-Regime raubt Kinder

Zwangsadoption in der DDR

Durch einen Bericht im ,,Spiegel'' wurde eine weitere faschistische Unterdrückungsmaßnahme des Honecker-Regimes gegen die Bevölkerung in der DDR bekannt. Kinder, deren Eltern bei der ,,Republikflucht'' erwischt wurden oder sich gegen das sozialfaschistische Honecker-Regime stellen, können den Eltern geraubt und zur Adoption freigegeben werden.

So geschehen bei der Familie Kiefer, die bei der Flucht mit ihren beiden Kindern, ein und drei Jahre alt, ertappt wurde. Die Eltern wurden am 24. Mai 75 zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt, die Kinder sollen zur Adoption freigegeben werden.

1971 wurde das Ehepaar Hilse wegen kritischer Äußerungen nach einem Zwischenfall an der Mauer verhaftet und wegen ,,staatsgefährdender Hetze'' und ,,Widerstands gegen die Staatsgewalt'' zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt. Das Ehepaar wurde 1972 in die Bundesrepublik abgeschoben, jedoch ohne seine Kinder. Nach zwei Jahren durften Sohn Frank (11) und acht Monate danach sein

Fortsetzung auf Seite 3

Ehre seinem Andenken



Genosse Kang Scheng

Genosse Kang Scheng, stellvertretender Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas ist gestorben. Sein Tod bedeutet einen schweren Verlust für die KP Chinas für die Arbeiterklasse und das gesamte chinesische Volk.

Genosse Kang Scheng war ein hervorragender, dem Marxismus-Leninismus treu ergebener Revolutionär, der sich insbesondere bei der Verteidigung des Marxismus-Leninismus gegen die reaktionären Angriffe der Chruschtschow-Revisionisten große Verdienste erwarb. Nicht nur die Kommunisten Chinas und das chinesische Volk, sondern die Marxisten-Leninisten und fortschrittlichen Menschen in der ganzen Welt werden sein Andenken bewahren.

AUS DEM INHALT

Dritte Welt gegen Hegemonismus

Nach längeren Vorbereitungen ist in der letzten Woche in Paris die „Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit" eröffnet worden. Schon das Stattfinden dieser Konferenz ist ein Erfolg der Länder der Dritten Welt in ihrem Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus. Die Konferenz ist Ausdruck davon, daß die Imperialisten und an ihrer Spitze die beiden Supermächte, der USA-Imperialismus und der russische Sozialimperialismus nicht mehr mit den Ländern der Dritten Welt umspringen können, wie es ihnen in ihre Absichten paßt: Im Mittelpunkt der Konferenz steht die gerechte Forderung der Länder der Dritten Welt nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die nicht mehr die Kontrolle und Vorherrschaft der Imperialisten zur Grundlage hat.

Ursprünglich initiiert worden ist die Konferenz von den USA-Imperialisten. Sie planten 1974 nach dem erfolgreichen Kampf der ölexportierenden Länder für gerechte Preise, gemeinsam mit den westeuropäischen Imperialisten und den japanischen Imperialisten eine Verschwörung unter amerikanischer Führung gegen die Ölförderländer, die sich in der OPEC zusammengeschlossen haben, anzuzetteln. Doch dieser Plan scheiterte am Widerstand der westeuropäischen Imperialisten, die ihre Beziehungen zur Dritten Welt in diesem Fall nicht für die Interessen des US-Imperialismus aufs Spiel setzen wollten.

Daß die US-Imperialisten natürlich von ihren Plänen nicht ablassen, sondern nach wie vor versuchen, die Länder der Dritten Welt durch Druck und Drohungen sich gefügig zu machen, zeigte bereits die Eröffnungssitzung der Konferenz. Schon am Vortage hatte US-Außenminister Kissinger in London gedroht, die USA würden den Entwicklungsländern die Hilfe streichen, wenn diese die erdölexportierenden Länder unterstützen würden. Kissinger beharrte zugleich darauf, daß an der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Entwicklungsländer nicht die Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung durch die Imperialisten und vor allem die beiden Supermächte schuld sei, sondern die Ölpreiserhöhung der OPEC-Länder.

Der Vertreter des Irans wies dies entschieden zurück und hielt dem den gerechten Standpunkt der Länder der Dritten Welt entgegen, daß die Verantwortung für die wirtschaftliche Misere der armen Länder die westlichen Industrienationen hätten. In der Tat sind es die ständig erhöhten Preise für Nahrungsmitteleinfuhren, für Industriegüter, Dienstleistungen usw., die die Lage der armen Länder der Dritten Welt immer noch weiter verschlechtern. Zurecht auch wies der iranische Außenminister darauf hin, daß die Mitgliedsstaaten der OPEC sehr viel mehr für die Hilfe in den armen Ländern ausgeben als die Industrienationen. Die Entwicklungshilfe der OPEC betrage durchschnittlich 2,6% ihres Sozialproduktes, bei den Industriestaaten seien es nur 0,3%.

Auch der Vorschlag der US-Imperialisten, einen Mindestpreis für Erdöl einzuführen, um auf diese Weise die Ölpreise zu drücken, wurde auf der Konferenz zurückgewiesen. Stattdessen beharrten die OPEC-Länder zurecht auf ihrer Forderung, daß die Ölpreise gemäß der Entwicklung der Preise von Industriegütern geregelt werden müßten. Denn bisher haben stets die Imperialisten versucht, die gerechten Preiserhöhungen für Rohstoffe aus den Ländern der Dritten Welt dadurch unwirksam zu machen, indem sie ihre Lieferungen an Industriegütern, Maschinen, Ausrüstungen usw. verteuert haben.

Diese Forderung der Länder der Dritten Welt steht im Rahmen ihres gerechten Kampfes gegen die bisherige Weltwirtschaftsordnung, in der Rohstoffe und Naturvorkommen allein Objekte für das Monopol und die Kontrolle der Imperialisten mit den Supermächten an der Spitze waren, Objekte zur grausamen Ausplünderung und Ausbeutung. In diesem Kampf haben sich die Länder der Dritten Welt immer mehr zusammengeschlossen. Auch die jüngsten Versuche der US-Imperialisten, die auf der Konferenz die Länder der Dritten Welt in rohstoffreiche und in ganz arme Länder spalten wollten, um deren Front zu schwächen, wurden entschieden zurückgeschlagen.

Moskaus "Hilfe" für Angola-Bombenterror

In Angola wird der Bürgerkrieg, der von den beiden Supermächten, dem USA-Imperialismus und dem russischen Sozialimperialismus, geschürt wird, immer heftiger. Jede der beiden Supermächte versucht, in heftiger Rivalität zur anderen, das angolanische Volk, das sich soeben erst vom portugiesischen Kolonialjoch befreit hat, zu versklaven und ihren Einfluß in Afrika auszudehnen. Es ist inzwischen offenkundig, daß die beiden Supermächte nicht nur Waffen und Geld nach Angola liefern, sondern daß sie auch Offiziere und Soldaten geschickt haben.

Der berüchtigte William Colby, noch amtierender Geheimdienstchef des CIA, mußte vor einem Sonderausschuß des US-Parlamentes zugeben, daß die USA in Angola in *„paramilitärische Aktionen"* verwickelt sind. Gleichzeitig gab er bekannt, daß amerikanische Waffen, Munition und Ausrüstungen im Wert von 25 Millionen Dollar nach Angola geflossen sind und weitere 25 Millionen bereitstünden. Ganz sicher bedeuten diese öffentlichen Bekenntnisse über die amerikanische Aggression gegen das angolanische Volk nur die Spitze des Eisberges. Weitere Millionendollarbeträge stehen bereits bereit, und der amerikanische Präsident Ford und sein Außenminister Kissinger haben offen erklärt, daß der Verlust Angolas eine „Beeinträchtigung der nationalen Sicherheit der USA" bedeute. **Das heißt, daß die amerikanischen Imperialisten die Absicht haben, ihre aggressiven Aktionen gegen das angolanische Volk noch zu steigern.**

Zugleich wird bekannt, daß die südafrikanischen Rassisten bereits seit längerem Soldaten ihrer Armee nach Angola geschickt haben, um einerseits den Befreiungskampf des namibischen Volkes zu ersticken, andererseits bei der Unterdrückung des angolanischen Volkes ihren Beitrag zu leisten. Die südafrikanischen Rassisten haben ihr Eingreifen inzwischen auch offiziell zugegeben. Der Führer der UNITA Savimbi enthüllte, daß südafrikanische Truppen, die mit den modernsten Waffen ausgerüstet sind, bereits 150 km tief in Angola stehen. Er wies gleichzeitig auch die Beschuldigungen der russischen Sozialimperialisten zurück, die UNITA würde mit den Rassisten zusammenarbeiten. Er gab vielmehr bekannt, daß die südafrikanischen Rassisten im Gegenteil die Soldaten der UNITA angreifen, ebenso wie sie die Befreiungsorganisation des namibischen Volkes angreifen.

Vor allem die offene Aggression der südafrikanischen Rassisten hat überall in Afrika breite Empörung hervorgerufen. Auf der Welle dieser Empörung schwimmend, versuchen die russischen Sozialimperialisten jetzt umso mehr, ihre Intervention in Angola als Hilfe für den gerechten Krieg des angolanischen Volkes gegen die rassistischen und US-imperialistischen Aggressoren hinzustellen. **Diese Propaganda dient gleichzeitig dazu, am Vorabend der Konferenz der Organisation für Afrikanische Einheit, die Einheit und Geschlossenheit der afrikanischen Völker und Nationen zu spalten und Zwietracht zwischen ihnen zu säen.**

Die Einmischung und die brutale Aggression der russischen Sozialimperialisten kann aber durch nichts beschönigt werden. Sie bleibt eine imperialistische Aggression, um ein Volk zu versklaven. Sie ist nichts anderes, als der Krieg der US-Imperialisten in Vietnam, Laos und Kambodscha. Hier in Angola erproben die russischen Sozialimperialisten zugleich ihre Waffen, proben sie den Tranport von Ausrüstungen und Soldaten auf dem Luftweg über eine lange Strecke. Über 15 000 km, über eine Reihe von Stützpunkten in anderen Ländern, fließt ein ununterbrochener Strom der modernsten Waffen nach Angola. Im Hafen von Luanda werden täglich Schiffe mit Ausrüstungen entladen. Drohend kreuzen Einheiten der russischen Flotte vor der Küste Angolas. Jeden Tag treffen mehr Schiffe aus der Sowjetunion ein.

Die Bomber Moskaus, dies wurde inzwischen bekannt, warfen ihre Bomben auf Zivildörfer und ermordeten die Menschen, für deren Befreiung sie angeblich ihre „Hilfe" bereitstellen. Dreitausend kubanische Soldaten kämpfen inzwischen für die imperialistischen Interessen der Neuer Zaren in Moskau in Angola.

Inzwischen wurde bekannt, daß an der russischen Aggression in Angola auch Offiziere der revisionistischen Honecker-Clique in der DDR beteiligt sind. Die Honecker-Clique hat nicht nur einen Teil Deutschlands verkauft, sie schämt sich auch nicht, für die Neuen Zaren in Moskau für die Versklavung des freiheitsliebenden, angolanischen Volkes zu kämpfen.

Das angolanische Volk und die Völker Afrikas erkennen aber ihre Feinde immer besser. Die Forderung nach Beendigung des Bürgerkrieges und der fremden Einmischung in Angola wird immer lauter.

Guillaume-Prozeß

Tatsächliche Bedrohung vertuscht

Nach 41 Verhandlungstagen ging in den letzten Wochen der Prozeß gegen das Agenten-Ehepaar Guillaume zu Ende. Günter Guillaume wurde wegen „schweren Landesverrats" zu 13 Jahren Gefängnis, Christel Guillaume zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Bundesanwaltschaft hatte in ihrem Plädoyer 15 und 10 Jahre gefordert. Daß von der möglichen Höchststrafe, lebenslänglichem Gefängnis, abgesehen wurde, hatte Buback damit begründet, daß nur kurze Zeit spioniert worden sei und diese Spionagetätigkeit dem Ehepaar Guillaume leicht gemacht worden sei.

Diese Begründung Bubacks ist ein Hohn und sie kennzeichnet gleichzeitig die Grundlage, auf der der gesamte Prozeß und auch schon vorher die polizeilichen Ermittlungen gegen Guillaume stattgefunden haben.

Nach den Aussagen Bubacks und auch der Urteilsbegründung besteht kein Zweifel daran, daß Günter Guillaume von 1969 bis zu seiner Festnahme mindestens 900 Dokumente an die DDR weiterleitete, die mit Sicherheit auch beim russischen Geheimdienst KGB landeten. Darunter Dokumente über die militärische und politische Stituation innerhalb der NATO, die zugleich auch über die militärische Situation und militärische Pläne Westdeutschlands Aufschluß geben.

All dies ist mit Sicherheit nur die Spitze des Eisbergs, läßt nur vermuten, wie groß der Einblick tatsächlich ist, den die russischen Sozialimperialisten durch den Agenten Guillaume über die Situation in Westdeutschland und Westeuropa gewonnen haben. Denn wie schon vorher im parlamentarischen Untersuchungsausschuß wurden auch im Prozeß keine ernsthaften Versuche unternommen, die Gefahr, die die Spionagetätigkeit Guillaumes angesichts der wachsenden Kriegsvorbereitungen der russischen Sozialimperialisten für die Bundesrepublik bedeutet, tatsächlich aufzudecken. Keinem einzigen der zahlreich dort aufgefahrenen prominenten Zeugen aus Bonn war die Sicherheit der Bundesrepublik wichtiger als die Rettung seiner Karriere. Jeder war vor allem darauf bedacht, anderen die Schuld in die Schuhe zu schieben und zu verhindern, daß auf seinen „Arbeitsbereich" das Licht der Öffentlichkeit fiele.

Die Öffentlichkeit war es, die von all diesen Politikern und mit ihnen natürlich auch vom Gericht, am allermeisten gefürchtet wurde. Sie wurde immer dann ausgeschlossen, wenn einzelne, wichtige Dokumente zur Verlesung kamen, zu denen Guillaume Zugang hatte, zum Beispiel bei den Telegrammen von Nixon an Brandt über die Sutiation der NATO. Man stelle sich vor, da ist der Inhalt dieser Telegramme in Washington, in Bonn, in Ostberlin und in Moskau bekannt — ihren Inhalt aber auch dem deutschen Volk bekannt zu machen, würde die Sicherheit der Bundesrepublik gefährden! Das paßt dazu, daß Beamte des Bundeskriminalamtes aussagten, daß die Verhöre Guillaumes geradezu kollegial verlaufen seien; das paßt dazu, daß die bürgerliche Presse verschiedentlich die „wohltuend entspannte Atmosphäre" in Düsseldorf gegenüber dem Prozeß gegen die RAF-Gefangenen in Stammheim lobte. **Alles zusammengenommen zeigt, daß die Bundesregierung als Sprachrohr der westdeutschen Imperialisten an eins auf keinen Fall denkt, wenn sie von der Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik redet — an die Sicherheit des Volkes, daran, es vor den aggressiven sozialimperialistischen Umtrieben zu warnen und Maßnahmen zu seinem Schutz zu ergreifen. Stattdessen webt sie mit ihrem Entspannungsgerede mit an einem Schleier, der die aggressiven Absichten der russischen Sozialimperialisten vor den Völkern verdecken soll, hilft sie mit, das deutsche Volk in einer falschen, gefährlichen Sicherheit zu wiegen.**

Orientieren wir uns also nicht an den Friedens- und Entspannungsbeteuerungen aus Moskau, Washington und Bonn, sondern an den Tatsachen. Die Tatsachen zeigen, daß inmitten der immer offensichtlicher werdenden Rivalität der beiden Supermächte, ihren wachsenden Vorbereitungen auf einen neuen Weltkrieg, Westeuropa von besonderem Interesse für die russischen Sozialimperialisten ist. Die westdeutschen Imperialisten sind nicht diejenigen, auf die das deutsche Volk angesichts dieser Bedrohungen Hoffnungen setzen kann. Das hat der Guillaume-Prozeß erneut gezeigt. Ernsthaften Widerstand kann und wird nur das deutsche Volk selbst leisten.

Kurz berichtet

HERNE

In Herne hat vor kurzem eine Veranstaltung des „Aktionskomitees der Unterstützung des spanischen Widerstandes" stattgefunden. Zu der Veranstaltung waren ungefähr 30 Freunde und genossen gekommen, darunter Vertreter der KPD/ML, der FRAP, der Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes und des Jugendverbandes der GRF (KPD).

Während der Veranstaltung sprach u. a. auch ein Genosse der Partei.

Zum Abschluß der Veranstaltung bedankte sich ein Sprecher der Gruppe für die verschiedenen Redebeiträge und hob besonders die von der Freundschaftsgesellschaft und der KPD/ML geleistete Unterstützung bei der Vorbereitung der Veranstaltung hervor.

Für die Unterstützung des revolutionären Kampfes der FRAP wurden 67 DM gesammelt.

STUTTGART

Nach der Demonstration gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz führte der Kreisverband Stuttgart in den Räumen des Buchladens eine Veranstaltung gegen das geplante Gesetz durch, an der sich etwa 45 Freunde und Genossen beteiligten. Auf der Veranstaltung wurden 120,40 DM für die Unterstützung des Kampfes gegen dieses neue Gesetz gesammelt. Ebenfalls in Stuttgart unterschrieben elf von fünfzehn Schülern einer Klasse an der Schule für arbeitslose Jugendliche eine Resolution gegen das Gesetz.

WESTBERLIN

Teilnehmer des Leserkreises des ROTEN MORGEN malten eine große Wandzeitung gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz und hängten sie über der Mensatreppe in der Universität auf.

Die Genossen nutzten außerdem die Aktionstage des VDS, um auf zwei Vollversammlungen der Studenten der Universität zum Kampf gegen das neue Gesetz aufzurufen, das Extrablatt des ROTEN MORGEN zu verteilen.

Als kurze Zeit darauf auch in Tübingen die Faschisten der C.A.R.P. Hetzflugblätter gegen den Kommunismus verteilten, nutzten die Genossen des KSB/ML die Gelegenheit, unter den umstehenden Kommilitonen zum Kampf gegen das Gesetz aufzurufen. Gleichezitig gelang es ihnen, den Faschisten die Flugblätter zu entreißen und unbrauchbar zu machen.



Veranstaltung in Westberlin gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz

BOCHUM

Auf einem Arbeitertreff in Bochum wurden zur Unterstützung des Kampfes gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz 76 DM gesammelt.

BERICHTIGUNG

Im ROTEN MORGEN Nr. 50 ist uns im Artikel „Das geplante Gesetz ist ein Schritt hin zum Faschismus" ein bedauerlicher Setzfehler unterlaufen. Natürlich muß dort statt „faschistisches Allende-Regime" „faschistisches Pinochet-Regime" stehen.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706—466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,—DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davor sind Geschenkabonnements.

Verkehrsvereinbarungen mit der DDR

Den wahren Nutzen haben die Kremlzaren

Am Freitag letzter Woche wurden in Ostberlin neue Verkehrsvereinbarungen zwischen der DDR und Westdeutschland über die Transitwege nach Westberlin unterzeichnet. Dem Vertrag zufolge soll die Transitpauschale, die von der Bundesregierung jährlich für die Benutzung der Strecke nach Westberlin gezahlt wird, auf 400 Millionen DM erhöht, also fast verdoppelt werden. Zudem wird die Bundesregierung 65% der Kosten für den Ausbau der Transitstrecke von Helmstedt nach Westberlin übernehmen.

Viele Menschen sind über die abgeschlossene Vereinbarung empört: Da werden ständig diese oder jene Steuern erhöht, die Arbeitslosenversicherung steigt, die Sozialleistungen werden allenthalben gekürzt oder gestrichen — in der DDR aber wird von der Bundesregierung der Straßenbau finanziert.

Natürlich ziehen auch die westdeutschen Imperialisten ihre Vorteile aus den neuen Vereinbarungen, doch vor allem dienen sie den Interessen der Honecker-Clique und mehr noch ihren Herren, den Neuen Zaren im Kreml. Diese Vereinbarungen sind ein neuerliches Beispiel dafür, wie die russischen Sozialimperialisten und ihre Diener in Ostberlin die westdeutsche Monopolbourgeoisie bei ihren imperialistischen Interessen packen, zur „Zusammenarbeit" einladen, um dadurch vor allem den Interessen Moskaus zum Durchbruch zu verhelfen. Die Neuen Zaren wissen sehr genau, daß die westdeutschen Imperialisten an diesen Transitwegen hängen, weil sie die Bindungen zwischen Westdeutschland und Westberlin festigen. Und nicht anders als Händler und Wegelagerer feilschen sie daher ständig um diese Zufahrtswege, um soviel wie möglich an politischem Einfluß und wirtschaftlichen Vorteilen herauszuschlagen. Seit Abschluß des Verkehrsvertrages, der den westdeutschen Imperialisten „gesicherte Zufahrtswege" versprach, haben die Vasallen der Neuen Zaren in Ostberlin stets die Zufahrtswege nach Westberlin als Druckmittel benutzt. Sei es, um politische Forderungen durchzusetzen, sei es, um — wie durch die jüngsten Vereinbarungen — höhere Zahlungen aus Bonn herauszuschlagen. Seit 1972 bis heute sind von der Bundesregierung allein 940 Millionen DM an Transitpauschale, d. h. für die Benutzung dieser Straßen gezahlt worden. Wenn jetzt aber durch die neuen Vereinbarungen 65% der Kosten für die Erneuerung und den Ausbau der Transitstrecke zusätzlich von der Bundesregierung übernommen werden, so heißt das nichts anderes, als daß doppelt für die Straßenbenutzung gezahlt wird.

Mögen die westdeutschen Imperialisten die jüngsten Vereinbarungen als großen Erfolg ausgeben — gewiß werden sie den westdeutschen Monopolen in ihrem Osthandel, der ihnen vorübergehend Profite sichert, dienlich sein und gewiß werden sie für die Verbindungen der Kapitalisten und ihrer Konzerne zwischen Westdeutschland und Westberlin gewisse Vorteile bringen — so nützen die jüngsten Verkehrsvereinbarungen dennoch vor allem der sowjetischen Supermacht, den russischen Sozialimperialisten. Erst vor kurzem haben Comecon-Experten den Vorrang betont, den der Ausbau der Strecke Helmstedt-Berlin-Warschau-Moskau habe für die Steigerung des Ost-West-Handels, mit dem die russischen Sozialimperialisten ihren wirtschaftlichen Einfluß in Westeuropa verstärken wollen. Und nicht zuletzt hat der Ausbau einer solchen Strecke Moskau-Polen-DDR-Westdeutschland auch direkte militärische Bedeutung für die Kriegspläne der russischen Sozialimperialisten — nicht anders als der Autobahnbau im Hitlerfaschismus.

Die neuen Verkehrsvereinbarungen, die zwischen der DDR und Westdeutschland getroffen worden sind, zeigen, wie auch die Verträge, die zuvor mit den russischen Sozialimperialisten und ihren Dienern in Ostberlin und Warschau usw. abgeschlossen worden sind, daß die westdeutschen Imperialisten im Namen der „Zusammenarbeit" für ihre Profitinteressen dem russischen Sozialimperialismus in die Hände arbeiten, und diese Supermacht, die mit dem US-Imperialismus um die Vorherrschaft in Europa ringt und die Völker Europas mit Krieg bedroht, in ihren Absichten bestärken.

... Zwangsadoption

Fortsetzung von Seite 1

Bruder (12) zu ihren Eltern, ihre Schwester Karola aber wurde auf Beschluß des Jugendhilfeausschusses beim Ostberliner Stadtbezirk Mitte zur Zwangsadoption freigegeben. Die Familie Hilse weiß heute nicht, wo Karola lebt. Auch die Eltern der Eheleute durften sich nicht um das Kind kümmern. In einem Schreiben des Rates des Stadtbezirks Mitte heißt es: „Damit sind alle rechtlichen Beziehungen zwischen Ihnen und Ihrem Kind aufgehoben."

Das sind Maßnahmen, die jeder Achtung vor dem familiären Zusamsammenleben der Werktätigen entbehren. Das sind Ausgeburten des Sozialfaschistischen Vasallen-Regimes Moskaus, um die Bevölkerung in der DDR zur bedingungslosen Unterordnung unter das Diktat Moskaus zu zwingen.

Das DDR-Regime leugnet natürlich strikt diese Vorfälle ab und stellt sie als „Hetzkampagne entspannungsfeindlicher Kräfte" dar. Doch damit soll nur davon abgelenkt werden, daß die DDR heute kein sozialistisches Land mehr ist, sondern eine sozialfaschistische Diktatur unter der Knute Moskaus.

Für solche faschistischen Unterdrückungsmethoden hat sich das Honecker-Regime die notwendigen „legalen" gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen. Die DDR-Gerichte berufen sich z. B. auf das Familiengesetz, in dem es in §3 heißt: „Es ist die vornehmste Aufgabe der Eltern, ihre Kinder in vertrauensvollem Zusammenwirken mit staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen zu gesunden und lebensfrohen, tüchtigen und allseitig gebildeten Menschen, zu aktiven Erbauern des Sozialismus zu erziehen."

Die DDR ist aber kein sozialistischer Staat, sondern eine sozialfaschistische Diktatur. Diese schönklingenden Formulierungen dienen nur der Täuschung: In Wirklichkeit sollen die Kinder zu willfährigen Untertanen des Honeckerregimes erzogen werden, dazu dienen gerade die staatlichen Einrichtungen, die Krippen, Lehrgänge, das Bildungssystem usw. Nach §51 des Familienrechts kann den Eltern das Erziehungsrecht auch dann entzogen werden, wenn sie die Kinder nicht in diesem Sinne erziehen, es heißt dann „schwere schuldhafte Verletzung der elterlichen Pflichten". Nach §70 kann eine Adoption verfügt werden, selbst wenn das Erziehungsrecht noch garnicht formell entzogen worden ist.

DDR-Rechtsanwälte wie der Ostberliner Anwalt Vogel, die verschiedentlich Eltern in Prozessen vertreten haben, mußten zugeben, daß in einer größeren Zahl von Fällen Kinder von Flüchtlingen in der DDR zur Adoption freigegeben werden. Anwalt de Maizière sagte: „Wegen eines einmaligen Fehlverhaltens sollen den Angeklagten ihre Kinder für ewige Zeit entzogen werden."

Die modernen Revisionisten der D„K"P, die sich immer als die kinderlieben Kommunisten aufspielen, vertuschen diese Tatsachen: sie schreiben auf einer Linie mit dem Honecker-Regime, das sie ja bekanntlich bezahlt, „,Zwangsadoptionen' sind frei erfunden", und stellen sie als eine Provokation der CSU dar. Sie versuchen den sozialfaschistischen Charakter des DDR-Regimes, das sie als sozialistisch bezeichnen, zu leugnen, denn allzu gerne würden sie hier mit Moskaus Hilfe das gleiche System errichten.

Doch die Tatsachen lassen sich nicht verwischen. Jeder erinnert sich auch noch daran, wie DDR-Organe mehrmals die Rettung von Kindern, die beim Spielen in die Spree gefallen waren, mit vorgehaltenen Maschinenpistolen verhindert haben, zuletzt im Mai, als ein fünfjähriger türkischer Junge in die Spree gefallen war. Auch das zeigt den wahren sozialfaschistischen Charakter der DDR. Und wenn das alles nicht wahr wäre, dann fragt sich auch, warum die DDR-Behörden den „Spiegel"-Redakteur Mettke so überstürzt abgeschoben haben, der nach seinen Angaben mit dem Artikel nichts zu tun hat und nicht einmal die Gelegenheit zu einer Stellungnahme bekommen hatte.

Die Bundesregierung und die Bonner Parlamentarier spielen sich jetzt als Verteidiger der „elementarsten Menschenrechte" auf.

Der bayrische Ministerpräsident Goppel, der nach Erscheinen des „Spiegel"-Artikels ein Treffen mit dem Leiter der DDR-Vertretung in Bonn abblies, sagte sogar: „Dies ist eine solche Ungeheuerlichkeit, wie sie die zivilisierte Welt seit Himmler nicht mehr erlebt hat." Doch das ist nichts als Heuchelei. Denn wie jetzt bekannt wurde, haben Fernsehen und Zeitungen auf Ersuchen offizieller Bonner Stellen jahrelang über die Tragödie in den getrennten deutschen Familien geschwiegen.

Obwohl verzweifelte Eltern Telegramme an Ulbricht und Honecker, an den Europarat, an die UNO, an den Bundespräsidenten und an das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen geschrieben haben, wurde verboten, davon zu berichten. Die Begründung war, die „zwischenmenschlichen Beziehungen" würden gestört werden. Es hätte sich nämlich schon damals für die Bevölkerung offen gezeigt, daß der Grundvertrag, der angeblich die „zwischenmenschlichen Beziehungen" verbessern würde, der Bevölkerung überhaupt nichts nutzt.

Und wie sorgt sich hier der Staat um die Kinder? Auch bei uns ist eine Zwangsadoption möglich, dazu wurde 1973 der §1747a in das Bürgerliche Gesetzbuch aufgenommen.

Erst kürzlich sind auch mehrere Fälle von brutaler Ausbeutung der Kinder durch Kinderarbeit aufgedeckt worden und der Staat schreckt auch nicht davor zurück, mit brutaler Gewalt gegen Kinder vorzugehen, die z. B. für einen Spielplatz auf die Straße gehen, wie in Frankfurt, wo die Polizei mit chemischem Kampfgas auf die Kinder losging. An diesen Beispielen zeigt sich die ganze Heuchelei der westdeutschen Imperialisten.

Erst in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland, wenn wir unsere Ausbeuter und Unterdrücker in Ost und West vertrieben haben, werden unsere Kinder in Freiheit, glücklich bei ihren Eltern aufwachsen und erzogen werden.

Aus aller Welt

ÄGYPTEN

Die Nachrichtenagenturen melden, daß die Verhandlungen zwischen den russischen Sozialimperialisten und Ägypten über die Bezahlung der ägyptischen Schulden gescheitert sind. Die russischen Sozialimperialisten verlangen, daß Ägypten seine Schulden sofort bezahlt und sind, obwohl Ägypten mehrmals vernünftige Vorschläge über die Rückzahlung der Schulden gemacht hat, nicht bereit, „irgendeinen Kompromiß" einzugehen.

Die russischen Sozialimperialisten benutzen die Schulden als Druck- und Erpressungsmittel, um Ägypten ihrer Abhängigkeit zu unterwerfen und es auszubeuten. Wenn die russischen Sozialimperialisten über ihre Beziehungen zu Ägypten sprechen, erwähnen sie nur immer das, was sie dorthin liefern. In Wahrheit aber geben sie mit der einen Hand, nehmen aber mit beiden Händen. Täglich rollen in die Sowjetunion Kontingente von Leder, Stoffen, Obst, Getränken und anderen ägyptischen Waren sowie Erzeugnisse jener Betriebe, die mit sowjetischen Krediten errichtet worden sind, wie Schiffe und elektrische Ausrüstungen. Über 80% des sowjetischen Baumwollimports, über 55% des Reisimports und 100% des Baumwollfaserimports haben die russischen Sozialimperialisten aus Ägypten bezogen.

Grundlage dieses Warenaustauschs ist allerdings der ungleiche Handel, bei dem die russischen Sozialimperialisten **unter** den Weltmarktpreisen kaufen, während die Waren, die sie nach Ägypten schicken, nicht nur von minderwertiger Qualität sind, sondern auch zu Preisen **über** dem Weltmarktpreis bezahlt werden müssen. Die Beharrlichkeit, mit der die russischen Sozialimperialisten jetzt fordern, die Schulden zu tilgen, der Druck, den sie auf Ägypten ausüben, zeigen deutlich, daß die Sowjetunion eine neokolonialistische Macht ist, die andere Völker ausplündert.

JAPAN

Zwei Piratenfischfangschiffe der russischen Sozialimperialisten wurden kürzlich erneut in der unmittelbaren Nähe der japanischen Küste ertappt, als sie versuchten, ihre Netze in einem Gebiet auszulegen, in dem schon japanische Fischer ihre Netze ausgelegt hatten. Die russischen Trawler zerstörten jedoch diese Netze skrupellos. Als die japanischen Fischer dies bemerkten, fuhren sie sogleich auf die zwei russischen Trawler zu, umringten sie und verscheuchten schließlich die Eindringlinge. Empört äußerte der Kapitän eines japanischen Fischfangschiffes: „Es ist überhaupt unerhört, daß die sowjetischen Trawler in Gegenden fischen, wo wir unsere Netze ausgelegt haben."

PHILIPPINEN

Die philippinische Zeitung „Orient News" hat vor kurzem die Ambitionen der russischen Sozialimperialisten auf philippinische Militärstützpunkte entlarvt. In dem Artikel mit dem Titel „Verbietet es der Sowjetunion, philippinische Militärstützpunkte zu benutzen", heißt es: „Die Philippinos haben genug bittere Erfahrungen damit gemacht, ein anderes Land philippinische Militärstützpunkte benutzen zu lassen. Aufgrund ihrer persönlichen schlechten Erfahrungen, fühlen sie aus tiefem Herzen die Notwendigkeit, den Tiger wegzujagen, den Wolf nicht hereinzulassen und die Souveränität und territoriale Integrität des Landes entschlossen zu verteidigen."

In dem Artikel wird darauf hingewiesen, daß die Neuen Zaren, die mit den amerikanischen Imperialisten um die Weltherrschaft kämpfen, als Emporkömmlinge größere Ambitionen haben als die US-Imperialisten, ihre Hände nach überall hin ausstrecken und keinen Stein auf dem anderen lassen. „Die Philippinen" heißt es in dem Artikel, „haben in Südostasien eine strategische Position inne. Ist es nicht natürlich, daß die Neuen Zaren danach greifen?"

Abschließend heißt es in dem Artikel, daß sich das philippinische Volk darauf vorbereiten muß, die nationale Souveränität und territoriale Integrität gegen eine mögliche Aggression der Neuen Zaren im Kreml zu verteidigen.

NORDIRLAND

Am 3. Dezember drangen nordirische Patrioten in das Zentrum von Belfast ein und töteten ein reaktionäres Element. In Armagh, südwestlich von Belfast, sprengten die nordirischen Patrioten eine Anlage der britischen Besatzer in die Lust. Auch eine britische Streife geriet in den Randbezirken von Derry in das Feuer der Patrioten und sah sich gezwungen, eiligst die Flucht zu ergreifen. Diese mutigen Aktionen der nordirischen Patrioten, die von der Bevölkerung unterstützt werden, zeugen davon, daß es den britischen Kolonialisten nicht gelingt, den Freiheitskampf der nordirischen Patrioten zu unterdrücken.

Samdech N. Sihanouk besucht VR Albanien

Am 9. Dezember trafen Samdech Norodom Sihanouk, der Staatschef und Vorsitzende der Nationalen Einheitsfront Kambodschas, und seine Gattin, Prinzessin Monika Sihanouk auf Einladung des Vorsitzenden des Präsidiums der Volksversammlung der VR Albanien, Haxhi Lleshi und des Vorsitzenden des Ministerrats der VR Albanien, Mehmet Shehu, zu einem Freundschaftsbesuch in Albanien ein.

Um Samdech Norodom Sihanouk und seine Begleitung zu begrüßen, waren auf dem Flughafen von Tirana Hunderte von Werktätigen erschienen. Erschienen waren auch die Genossen Haxhi Lleshi und Mehmet Shehu. Als Samdech Norodom Sihanouk und seine Begleitung aus dem Flugzeug stiegen, brachen die Werktätigen der Hauptstadt in Jubel aus. Die Genossen Haxhi Lleshi, Mehmet Shehu und andere albanische Persönlichkeiten gingen Samdech Norodom Sihanouk entgegen, schüttelten ihm und seiner Begleitung fest die Hände und umarmten sie.

Am selben Tag wurde Samdech Norodom Sihanouk im Amtssitz des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens von Genossen Enver Hoxha empfangen. Der Empfang, bei dem ein herzliches Gespräch geführt wurde, verlief in einer herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre.

Am Abend gaben das Präsidium der Vollversammlung und der Ministerrat der VR Albanien einen Empfang zu Ehren Samdech Norodom Sihanouks, an dem auch Prinzessin Monika Sihanouk und die anderen hohen kambodschanischen Persönlichkeiten teilnahmen. Bei dem Empfang waren die Genossen Enver Hoxha, Haxhi Lleshi, Mehmet Shehu und andere Partei- und Staatsführer der VR Albanien anwesend. Haxhi Lleshi und Samdech Norodom Sihanouk hielten während des Empfangs Reden.

Genosse Haxhi Lleshi sagte in seiner Rede u. a.: „*Der hohe Kampfgeist des kambodschanischen Volkes und seine unerschütterliche Entschlossenheit, auch gegen den größten und verhaßtesten Feind der Völker, die USA, zu kämpfen und zu siegen, sind ein hohes Vorbild und eine große Quelle der Begeisterung für alle freiheitsliebenden Völker der Welt in ihrem Kampf um Freiheit, Unabhängigkeit und nationale Souveränität, gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und Reaktion.*"

Samdech Norodom Sihanouk sagte in seiner Ansprache u. a.: „*Das kambodschanische Volk, die Nationale Einheitsfront Kambodschas, seine Volksstreitkräfte der Nationalen Befreiung Kambodschas und die Königliche Regierung der Nationalen Union Kambodschas haben mich zu Ihnen gesandt, um die Volksrepublik Albanien aufs Flammendste zu begrüßen, und ihr unseren Endsieg zu widmen, der der ruhmreichste Sieg in unserer 2000jährigen nationalen Geschichte und zugleich und vollständig auch Euer Sieg ist, weil schon am ersten Tag unseres heiligen Kampfes und bis zu seiner erfolgreichen Beendigung Volksalbanien und sein angesehener und sehr geliebter Führer, seine Exzellenz Enver Hoxha, sein Volk und seine Regierung uns sogleich eine vorbehaltlose Unterstützung, eine allseitige Hilfe und ihre außerordentlich wichtige Kampfsolidarität gegeben haben, die sich glänzend unter allen Umständen und auf der ganzen internationalen Arena, vor allem in der UNO, ausdrückten.*"

An Genossen Enver Hoxha gewandt, sagte Samdech Norodom Sihanouk: „*Gestatten Sie mir, Ihnen zu sagen, wie sehr geehrt, glücklich und stolz ich mich fühle, als mich Eure Exzellenz ... empfing. Ich wurde mit Liebe, in einem brüderlichen Geist und mit freundschaftlichen Gefühlen empfangen, die ich zu beschreiben nicht imstande bin. Ihre so edlen Worte, die die große Bedeutung und den internationalen menschlichen Wert des Kampfes, der Opfer und des beispiellosen Siegs des kambodschanischen Volkes hervorheben ... werden für immer im Gedächtnis aller Patrioten, Teilnehmer am nationalen Widerstand Kambodschas haften bleiben.*"

Am 10. Dezember reisten Samdech Norodom Sihanouk und seine Begleitung wieder aus der VR Albanien ab.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Explosion verschwiegen

Hier bei uns in Wilhelmsnaven wurde jetzt eine neue Oelraffinerie des Mobiloelkonzerns fertiggestellt. Ich habe dort einige Tage als Isolierer angefangen zu arbeiten. Das erste, was ich erfuhr war, daß Überstunden gemacht werden müßten. Der Grund war der, daß eine starke Explosion stattgefunden hatte und jetzt der Schaden schnellstens repariert werden mußte, damit die Anlage wieder angefahren werden konnte. Das es bei dieser Explosion zu keinen Todesfällen und Verletzungen gekommen ist, war reiner Zufall.

Ich kam jetzt mit einem Vorarbeiter einer süddeutschen Fremdfirma ins Gespräch, der mir erzählte, daß er am Wochenende mit seiner Frau in Frankfurt telefoniert hatte und das erste was ihn seine Frau gefragt hatte, war, ob ihm etwas passiert sei bei dieser Explosion. Als er ganz verdutzt fragte, woher sie denn von dieser Explosion wußte, sagte sie, daß es in Frankfurt in der Zeitung gestanden hätte. Im Gegensatz zur Wilhelmshavener Zeitung, in der nicht die kleinste Notiz über diese schwerwiegende Explosion gestanden hatte.

Der Grund ist klar: Der SPD-Stadtrat wollte sein Gesicht nicht verlieren, denn die Bevölkerung hatte sich von Anfang an gegen diese Industrieansiedlung gewehrt und der SPD-Stadtrat hatte über die hiesigen Zeitungen auf die Bevölkerung eingeredet, sie würden dem Bau nur zustimmen, wenn der Mobiloelkonzern die Raffinerie zur umweltfreundlichsten und sichersten der Welt machen würde. Und aufgrund des ,,Drucks" dieser ,,Volksvertreter" seien angeblich 250 Mill. in den Umweltschutz investiert worden. Jetzt zeigte sich, daß dies alles durch und durch verlogen war.

Noch deutlicher wird an diesem Fall, wessen Vertreter die Herren Stadtväter samt ihrer gekauften Presse sind, nämlich die Interessenvertreter der Kapitalistenklasse und nicht der des Volkes.

Rot Front! Ein Genosse aus Wilhelmshaven

Nur für Meister und Vorarbeiter

Bei Hoesch in Dortmund hat am 19. Dezember Kurzarbeit für 11000 Kollegen begonnen, die meisten Betriebsteile der drei Hoeschhüttenwerke liegen bis zum 2. Januar still. Dazu gehört auch die Sinteranlage für Union. Nur eine Notmannschaft wird über Weihnachten und Neujahr die dringendsten Arbeiten ausführen. Viele Kollegen hatten darauf gehofft, zu dieser Notmannschaft zu gehören, auch wenn es sie hart ankam, über die Feiertage arbeiten zu müssen. Aber andererseits brauchten sie das Geld ... Als dann aber die Notmannschaft bekanntgegeben wurde, da stellte sich heraus, daß kein einfacher Kollege dabei war, nur Meister und Vorarbeiter. Die Begründung der Hoeschkapitalisten dafür: Meister und Vorarbeiter haben die meiste praktische Erfahrung.

Für die Kollegen allerdings war das ganz was Neues und viele erinnerten sich auch an das letzte Jahr. Damals in der Hochkonjunktur war natürlich von Weihnachtsurlaub keine Rede. Im Gegenteil. Mit einer Ausnahme allerdings: Die Meister konnten zu Hause bleiben. Von ihrer ,,praktischen Erfahrung" war damals nicht die Rede ...

Ein Genosse von Hoesch

,,Das ist ein Nazigesetz"

Am Montag, als ich bei Hoesch in meine Abteilung kam, stand bereits der Betriebsrat mit ca. 15 Kollegen zusammen. Ich hatte mich etwas verspätet, und als ich hinzutrat, sagte der Betriebsrat nur noch: ,,Sind sonst noch Punkte?" — ,,Ich hab' noch was, ich meine, wir müssen über den neuen SPD/FDP-Gesetzentwurf, das 13. Strafrechtsänderungsgesetz sprechen." Ich erläuterte den Kollegen, worum es bei diesem Gesetz geht. Der Betriebsrat fuhr mir dazwischen und meinte: ,,Das gehört hier nicht her." Die Kollegen waren empört über das Gesetz, sie sagten: ,,Das gehört wohl hierher, das ist ein Nazi-Gesetz." Als nun der Betriebsrat gefragt wurde, was er denn dazu meine, da drückte er sich herum, er wüßte gar nichts davon. Ich entgegnete ihm: ,,Im Bundestag und in der Regierung, da sitzen doch hohe Gewerkschaftsfunktionäre, die das Gesetz mit durchsetzen wollen, das mußt du doch wissen?" Jetzt forderten noch mehr Kollegen, daß der Betriebsrat endlich klar dazu Stellung nehmen sollte. Plötzlich kannte er das Gesetz doch und er verteidigte die Gewerkschaftsfunktionäre, die dieses Gesetz mit verabschieden wollen. Darüber waren die Kollegen empört, denn sie sind gegen dieses faschistische Gesetz. So wurde der arbeiterfeindliche Charakter des Betriebsrates und des Gewerkschaftsapparates wieder einmal sehr deutlich.

Hallendecke heruntergestürzt

In einer Betriebsabteilung bei Bayer Leverkusen in Dormagen, in der viele Frauen beschäftigt sind, fing es während der Arbeit von der Halledecke herab an zu rieseln. Es rieselte so stark, daß die Frauen nicht mehr weiterarbeiten wollten, denn sie fürchteten sich davor, daß vielleicht noch die ganze Decke herunterkommen könnte. Die Betriebsleitung unternahm natürlich nichts dagegen, ganz im Gegenteil, der Meister zwang die Frauen, trotz direkter Lebensgefahr weiterzuarbeiten. Am darauffolgenden Wochenende war es dann passiert, die ganze Decke ist heruntergestürzt. Zum Glück war gerade niemand in der Halle, aber jeder kann sich vorstellen, was passiert wäre, wenn das während der Arbeitszeit geschehen wäre. Aber den Kapitalisten interessiert in keinster Weise die Gesundheit und das Leben der Arbeiter, für sie ist der Profit das Wichtigste und dafür lassen sie auch die Arbeiter trotz direkter Lebensgefahr schuften.

Rot Front! Ein Genosse von Bayer-Leverkusen

Resolution von HDW-Kollegen

Wir protestieren auf das Schärfste gegen das geplante 13. Strafrechtsänderungsgesetz — ,,Gesetz gegen die Befürwortung der Gewalt" — welches seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze den weitestgehenden Angriff des Staates gegen den Kampf der Werktätigen für ihre berechtigten Interessen darstellt.

Wurden bisher Streiks, Besetzungen, Demonstrationen gewaltsam verfolgt, so soll jetzt bereits die mündliche oder schriftliche Befürwortung, Unterstützung oder auch nur positive Darstellung solcher Aktionen mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft werden (z. B. bei Fahrpreiskämpfen, Bauerndemonstrationen mit Traktorblockaden oder Bewegungen gegen Bombenabwurfplätze und Umweltzerstörung wie in Nordhorn und Wyhl). Dabei soll es gleichgültig sein, ob das öffentlich oder nicht öffentlich geschieht. Ebenso strafbar sein wird die Verbreitung von Schriften der Arbeiterbewegung und des wissenschaftlichen Sozialismus, weil sie den Klassenkampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker propagieren.

Inhalt und klammheimliche Durchpeitschung des Gesetzes zeigen: Hier handelt es sich um ein Klassengesetz gegen das arbeitende Volk. Damit soll das ,,Recht" der Kapitalisten auf Ausbeutung der Werktätigen gewaltsam aufrecht erhalten werden.

Weg mit dem 13. Strafrechtsänderungsgesetz!

Diese Resolution wurde auf einem Treffen der Roten Betriebsräte von HDW-Kiel mit 7 Kollegen verabschiedet.

Betriebsräteveranstaltung des KB-Nord

Angriff auf die RGO

Am 6. 12. fand in Hamburg eine Betriebsräte-Veranstaltung statt, die vom Kommunistischen Bund Nord (KB Nord) initiiert worden war, und zu der verschiedene Betriebsräte eingeladen hatten. Die Veranstaltung, so hieß es im Aufruf, sollte dazu beitragen, die Arbeiter und Angestellten in einer Front gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse zu vereinigen, indem der Erfahrungsaustausch der fortschrittlichen und klassenbewußten Gewerkschafter, Betriebsräte und Jugendvertreter über die Grenzen des einzelnen Betriebes hinausgeführt werden sollte.

Doch diese Veranstaltung war von Anfang an eine Kampfansage gegen den revolutionären Klassenkampf und den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO). Schon die Hauptparole ,,Macht die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse" zeigt, daß es sich hier nicht um eine revolutionäre Veranstaltung gehandelt hat, denn der Gewerkschaftsapparat läßt sich nicht von der Arbeiterklasse erobern, der Gewerkschaftsapparat ist ein Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse, vollkommen verfilzt mit dem Finanzkapital und dem Staatsapparat. Deshalb steht der Aufbau der RGO auf der Tagesordnung.

Noch deutlicher wurde aber die klassenversöhnlerische Politik daran, daß zwei Rote Betriebsräte von HDW Kiel, die gegen den Gewerkschaftsapparat, für den Aufbau der RGO kämpfen, und aufgrund ihrer revolutionären Politik von den Kollegen gewählt worden sind, nicht auf der Versammlung sprechen durften, während die D,,K"P-Verräter nicht nur sprechen konnten, sondern auch noch Flugblätter im Saal und davor ungestört verteilt haben, in denen sie den DGB-Apparat als größte Errungenschaft der westdeutschen Arbeiterbewegung propagierten. Und auch die Trotzkisten der Gruppe Internationaler Marxisten konnten auf der Veranstaltung sprechen und hatten vor der Halle sogar einen Literaturstand aufstellen können.

Eine Resolution der Partei gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz wurde kurzerhand von den KB Nord-Führern abgelehnt. Sie zimmerten sich eine eigene zusammen, in der lediglich von einem ,,Gesetz gegen Künstler und Schriftsteller" die Rede war. Diese Vorfälle zeigen, daß diese Veranstaltung nicht dazu gedient hat, die Arbeiterklasse gegen den Gewerkschaftsapparat zusammenzuschließen, sondern ein Anbiedern an den Gewerkschaftsapparat, ein einziger Angriff gegen den revolutionären Klassenkampf gewesen ist.

D'K'P und DGB-Apparat gegen VFW-Arbeiter

Über 5000 Menschen, vor allem die Kolleginnen und Kollegen der Vereinigten Flugwerke (VFW) demonstrierten vor kurzem in Speyer gegen die Betriebsstillegung. Schon jetzt beträgt die Arbeitslosenquote 5,1%. Erst im September hat die Fleischwarenfabrik Ashland zugemacht und 130 Arbeiter entlassen, davor wurden bei den Vereinigten Flugwerken 300 Arbeiter entlassen und im April hat das Salamander-Werk geschlossen, wodurch 400 Kollegen arbeitslos wurden.

Jetzt sollen 1300 Kollegen der VFW auf die Straße gesetzt werden. Angesichts der hohen Arbeitslosenzahl und der übrigen Stillegungen ist es klar, daß die meisten keinen neuen Arbeitsplatz finden.

Die Arbeiter waren empört, denn sie spürten ihre Rechtlosigkeit, sie spürten, daß sie für die Kapitalisten reine Lohnsklaven sind, die man auf die Straße wirft, wenn man sie nicht mehr braucht. Diese Empörung griffen der Gewerkschaftsapparat und die D,,K"P-Revisionisten auf.

Verschiedene Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre bildeten ein Initiativkomitee, das die Demonstration vorbereitete. Die Hauptlosung dieser Initiative war: ,,Gegen die Planlosigkeit und Unternehmerwillkür." ,,Verfehlte Planung des Stadtrates in Bezug auf die Industriesiedlung und großzügige Subventionen für die Industrie." Das sollen ihrer Ansicht nach die Ursachen für die Stillegung sein. Doch hat es im Kapitalismus schon einmal eine Planung gegeben? **Die Überproduktionskrisen sind doch gerade ein Ausdruck der Anarchie, die in der kapitalistischen Wirtschaft herrscht. Jeder Kapitalist geht einzig und allein davon aus, wie kann er am meisten Profite erzielen? Diese Jagd nach Maximalprofiten, die Konkurrenz unter den einzelnen Konzernen führt zu dieser Anarchie. Eine Planung kann es erst geben, wenn die Produktion nach den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtet ist und das geht erst, wenn der Kapitalismus gestürzt ist und das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft ist und in den Händen der Arbeiterklasse liegt.**

Die D,,K"P, die dieses Initiativkomitee aktiv unterstützt, behauptet, durch Gelder aus dem Rüstungsetat und Umstellung der VFW-Produktion auf ,,Friedensproduktion" (VFW ist ein Rüstungsbetrieb) sowie Verstaatlichung des Betriebes bei Mitbestimmung und demokratischer Kontrolle, würden die Arbeitsplätze gesichert werden. Als Abnehmer der sogenannten ,,Friedensproduktion" empfiehlt die D,,K"P die ,,sozialistischen Länder", womit sie die sozialimperialistische Supermacht Sowjetunion und die anderen sozialfaschistischen Staaten des Ostblocks, wie die DDR meint. Diese Propaganda ,,Osthandel sichert Arbeitsplätze" nutzt aber nur der Sowjetunion, die hier als friedliches, sozialistisches Land hingestellt wird, das sogar noch unsere Arbeitsplätze sichert, obwohl gerade von den beiden Supermächten und vor allem von den russischen Sozialimperialisten als Hauptkriegsgefahr ausgeht, die Pläne hegt, unser Land zu überfallen und in eine sozialfaschistische Diktatur zu verwandeln, in der Art des Honnekker-Regimes.

Gleichzeitig werden Illusionen und Hoffnungen in den kapitalistischen Staat erweckt, als würde er ein Interesse haben, unsere Arbeitsplätze zu sichern.

Die Arbeit und Propaganda des DGB-Apparates und der D,,K"P nützen nicht dem gerechten Kampf der VFW-Arbeiter, sondern dienen dazu, ihm die Spitze zu nehmen und ihn auf Bahnen der Klassenversöhnung zu lenken. Nur gegen den Gewerkschaftsapparat und gegen die D,,K"P ist es möglich, den Kampf gegen die Stillegungen erfolgreich zu führen.

Opel /VW: Trotz Neueinstellung keine sicheren Arbeitsplätze

Nachdem die Auslandsaufträge der Automobilfirmen wieder gestiegen sind, werden schon seit längerem bei Opel und VW Sonderschichten gefahren und neue Arbeiter eingestellt. Noch vor einigen Monaten wurde laufend Kurzarbeit durchgeführt und Tausende Kollegen auf die Straße geworfen, bei VW insgesamt 28000.

Jetzt haben Opel und VW für das nächste Jahr bereits neue Sonderschichten angekündigt. Opel will im ersten Quartal 8 Sonderschichten fahren und VW wahrscheinlich sechs. Gleichzeitig sollen Anfang des Jahres ca. 2300 Arbeiter in den Betrieben neu eingestellt werden. Hat sich damit die Lage für die Automobilarbeiter geändert, werden die Arbeitsplätze jetzt sicherer?

Keinesfalls. Bei VW sollen zwar neue Arbeiter eingestellt werden; aber gleichzeitig laufen die Entlassungen nach dem Personalabbauplan I weiter, vor allem im Angestelltensektor. Die Arbeitshetze wird bis ins Unerträgliche gesteigert. Bandarbeiter bei Opel berichten, sie hätten keine Minute Zeit, einmal die Arme herunterhängen zu lassen und sich kurz auszuruhen. 570 Autos pro Schicht werden jetzt mit einer Belegschaftsstärke von knapp 17000 Mann in Bochum produziert, während 1973 die gleiche Zahl Autos mit knapp 20000 Arbeitern gebaut wurden. Schafft man den Akkord nicht, dann wird man entlassen.

Die Kapitalisten können sich das leisten, denn vor den Toren stehen die Kollegen zu Hunderten und warten auf Arbeit. In Rüsselsheim haben die Kollegen schon um 4 Uhr morgens in der Kälte gestanden, um einen Arbeitsplatz zu bekommen. Ein Kollege berichtete, wie das in Bochum zugeht. ,,Wie auf dem Sklavenmarkt", sagt er, ,,du mußt einen lückenlosen Lebenslauf von der Schulentlassung an vorlegen, jede Arbeit, die du einmal gemacht hast, mußt du mit einem Schrieb von der jeweiligen Firma belegen, sonst kannst du gleich wieder gehen. Einem Kollegen fehlten 2 Tage, da war er krank und hatte noch keine Arbeit. Von der AOK mußte er sich eine Bestätigung besorgen, daß er auch wirklich krank war."

Die vielen Arbeitslosen sind für die Kapitalisten eine„Reservearmee, die sie als Druckmittel gegen die arbeitenden Kollegen einsetzen, mit denen sie die Arbeiter untereinander spalten wollen. Gegen diese Spaltung müssen wir für die Einheit der arbeitenden und arbeitslosen Arbeiter kämpfen.

Diese Tatsachen zeigen, für die Arbeiter sind die Arbeitsplätze in keinster Weise sicherer geworden, sondern die Ausbeutung, Unterdrückung, die Arbeitshetze und Ruinierung unserer Gesundheit nehmen ständig zu. Erst wenn wir unser Lohnsklavendasein abgeschafft haben, nicht mehr gezwungen sind, unsere Arbeitskraft an Kapitalisten verkaufen zu müssen, damit wir satt werden, erst wenn die Arbeiterklasse den Sozialismus durch die sozialistische Revolution erkämpft hat, dann wird es auch keine Arbeitslosigkeit mehr geben.

Kommunistischer Arzt im Arbeitsgericht

Katastrophale Zustände aufgedeckt

Vor einigen Wochen fand der Arbeitsgerichtsprozeß des Genossen Wolfgang Gedeon gegen die Bundesknappschaft statt. Der kommunistische Assistenzarzt W. G. war Landtagskanditat der Partei in NRW. Einen Tag nach den Landtagswahlen wurde er mit sofortiger Beurlaubung fristgerecht gekündigt. Diese Entlassung stand im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Kampf gegen die geplante Schließung des Knappschaftskrankenhauses Gelsenkirchen.

Die Knappschaft schreibt in ihrem Schriftsatz an das Arbeitsgericht: ..... hat der Kläger erreicht, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgeber und Personalrat einerseits und Arbeitnehmer andererseits gestört wurde. Auf den Stationen kam es unter der Belegschaft zu erregten Diskussionen. Insbesondere nach Verteilung des Flugblattes vom 4. 3. 75 war eine starke Unruhe erkennbar. Die offiziellen Angaben der Krankenhausverwaltung über die Schließung des Knappschaftskrankenhauses wurden in Zweifel gezogen ..."

Diese „Unruhe" hatte immerhin den Erfolg, daß die Knappschaft heute auf längere Sicht von der Schließung nichts mehr wissen will und so tut, als hätte sie schon seit vielen Monaten diesen Standpunkt vertreten. Trotzdem wird natürlich die Rationalisierung im Krankenhaus weitergehen, wie sie überall im Gesundheitsbereich durchgeführt wird.

In dieser Situation ist der Arbeitsgerichtsprozeß des Genossen gegen die Kanppschaft zu sehen, die ihn als vermeintlichen Urheber der Unruhe hinzustellen versucht. Darüber hinaus benutzt die Knappschaft die gesamte politische Betätigung des Genossen, besonders seine Kandidatur bei den Landtagswahlen, als Rechtfertigung für die Kündigung. Dabei beruft sich die Knappschaft auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in dem es heißt: „Die politische Treuepflicht, fordert mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung; sie fordert vom Beamten insbesondere, daß er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen und diffamieren."

Mit diesem Urteil wird nicht nur von Beamten sondern auch von den Angestellten im öffentlichen Dienst absoluter Kadavergehorsam verlangt. So bezog die Knappschaft dieses Urteil auf das Wahlkandidatenflugblatt: „Mit diesem Wahlkampfpamphlet verletzt der Kläger seine Treuepflicht gegenüber dem Staat und seinen Dienstherren in besonders grober Weise. Er diffamiert ihn nicht nur, sondern er propagiert auch die Diktatur des Proletariats und verfolgt damit verfassungsfeindliche Ziele."

Die bürgerliche Klassenjustiz wagte es nicht, einen so offenen Angriff zu führen und gab dem Antrag des Genossen, der auf das Parteienprivileg verwies, nach dem Mitglieder und Funktionäre einer zugelassenen Partei die politische Betätigung im Rahmen des Programms dieser Partei gewährleistet werden soll, statt. Im Mittelpunkt der Verhandlung stand dann also die Frage des gestörten „Betriebsfriedens". Dabei kam der Vertreter der Knappschaft ins Schleudern. Er konnte in keinster Weise nachweisen, wer wann welche Flugblätter im Krankenhaus verteilt hatte. In keinster Weise konnte er auch nur ein einziges der von Genossen W. G. aufgeführten Beispiele für die schlechte Krankenversorgung im Knappschaftskrankenhaus widerlegen. Z. B. wie die Knappschaft Krankenstationen verkommen läßt und jahrelang blutbeschmierte Wände nicht gestrichen werden. Oder die Notaufnahme, in der wichtiges Instumentarium fehlt. Oder der Aufzug, der einer internen Station seit Jahren verweigert wird mit der Begründung „zu teuer". Die Patienten müssen mit der Bahre für jede Röntgenuntersuchung hochgetragen werden.

In dieser für die Knappschaft schwierigen Situation kam das Gericht ihr zu Hilfe. Es unterbrach ständig den Genossen mit den Worten: „Das sei politisch, das gehöre hier nicht her ..." und versuchte zu verhindern, daß noch mehr Mißstände aufgedeckt wurden. Allzu deutlich kam hier die Angst vor der Öffentlichkeit heraus. Der Saal war nämlich voll besetzt mit ehemaligen Patienten, mehreren Belegschaftsmitgliedern sowie Freunden und Genossen. Auch die bürgerliche Presse mußte über diese Verhandlung berichten, verschwieg aber tunlichst die aus dem Krankenhaus aufgeführten Beispiele.

Die Richterin unterbrach dann schließlich abrupt die Sitzung und setzte einen neuen Termin an, damit sich die Knappschaft besser vorbereiten könne. Die Knappschaft versucht jetzt krampfhaft, im Krankenhaus Leute zu finden, die von Genossen W. irgendwann einmal Flugblätter bekommen haben, um ihm die Störung des „Betriebsfriedens" zu unterscheiden.

Diese Gerichtsverhandlung hat vielen die Augen über das kapitalistische Gesundheitswesen geöffnet und gezeigt, wie die bürgerliche Klassenjustiz und die Knappschaft verhindern wollen, daß diese Tatsachen und ihre Ursachen an das Tageslicht gezerrt werden, deshalb wollen sie auch die Entlassung des kommunistischen Arztes durchsetzen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Antikommunismus als Weihnachtsgeschenk



Zeitung der Betriebszelle der KPD/ML bei Südbremse

Die Geschäftsleitung der Südbremse hat heuer den Lehrlingen als Weihnachtsgeschenk ein besonders übles Machwerk angeboten, nämlich „Bao Ruo-wang — Als Gefangener bei Mao". Wie alle Kapitalisten haben nämlich die Südbremse-Bosse Angst, daß ihre Lehrlinge wie immer mehr Jugendliche in der ganzen Welt Maos Worte beherzigen: „Rebellion ist gerechtfertigt."

Aber man braucht dieses Buch nur näher zu studieren, so fällt einem schnell auf, daß da irgendetwas faul ist. Schon die Entstehungsgeschichte ist sehr aufschlußreich. Dieses Buch entstand auf Initiative des amerikanischen Agenten Rudolph Chelminski, der auch Life-Korrespondent in Moskau war. Noch interessanter ist es, wenn man über die Person von Bao Ruowang alias Pasqualini hört.

Der Vater war französischer Besatzer, die Mutter Chinesin. Nachdem er die Salesianer-Missionsschule verließ, stellte er sich sofort in den Dienst der ausländischen imperialistischen Aggressoren. Zuerst arbeitete er für die Fünfte US-Marinedivision, dann als „Spezialist für lokale und zivile Angelegenheiten" bei der Militärpolizei, mit den „Privilegien eines Offiziers, der einen hübschen Batzen Geld verdiente und im PX (amerikanischer Laden) einkaufen durfte." Gleichzeitig war er Inspektor Erster Klasse der französischen Botschaft. Er heiratete eine Chinesin aus einer großen und einflußreichen Mandarin-Familie, die für den letzten Kaiser gedient hatte, „mehr um der Vorteile willen, die es mir brachte, denn aus Zuneigung oder gar Liebe zu meiner zukünftigen Frau."

Während dieser Zeit zeigte er einen armen Chinesen an, der etwas Geld gestohlen hatte. Ein chinesischer Inspektor fragte ihn darauf, ob er überhaupt kein Mitleid kenne und führte ihn zu der hungenden Familie des „Diebes". Er lernte aber nichts daraus und landete schließlich beim CID, der amerikanischen Spionageabwehr. Hier hatte er Pech, denn ein Mitarbeiter von ihm war ein Kommunist, der nach der Befreiung Chinas über die Verbrechen von Bao Ruo-wang gegen das chinesische Volk erzählte.

Nichtsdestoweniger fuhr Bao mit seiner kriminellen Tätigkeit im Dienste des US-Imperialismus und der Kuomintang-Reaktionäre fort als Mitarbeiter der Associated Press und einer ausländischen Botschaft. Aber seine landesverräterischen und konterrevolutionären Machenschaften kamen dank der Wachsamkeit des chinesischen Volkes auf. Trotz allem erhielt er nur 12 Jahre Gefängnis, wovon ihm noch 5 Jahre erlassen wurden.

Er muß selbst zugeben, daß die chinesischen Kommunisten die ehrlichsten Menschen der Welt sind. Bao Ruo-wang ist das nicht. Genüßlich erzählt Bao in seinem Buch, daß seine ganzen Selbstkritiken nur erstunken und erlogen waren, daß er sich beharrlich der Umerziehung widersetzte. Ein Lump muß sich natürlich unter ehrlichen Menschen terrorisiert fühlen. Er hat keinen Grund sich über die mangelnden Rationen und die schlechten Verhältnisse zu beschweren. Hat sich dieser verstockte Konterrevolutionär jemals über das Elend und den Hunger des chinesischen Volkes erregt? Im Gegenteil, er hat beharrlich dieses korrupte, menschenfeindliche System der Kuomintang im Auftrag des US-Imperialismus unterstützt, um seine Privilegien zu sichern. Und diese Kreatur, die im ganzen Buch keinen Funken ehrlicher Selbstkritik übt, regt sich auf wegen „mangelndem Lebensstandard" im Arbeitslager, will besser leben als seine Wärter und die Masse der chinesischen Bauern in den 50er Jahren.

Sogar im Gefängnis setzt er seine konterrevolutionären Machenschaften fort, indem er die Befreiung des tibetanischen Volkes von der Sklavenhaltergesellschaft als imperialistische Aggression bezeichnet, die Mitgefangenen auffordert, falsche Geständnisse zu schreiben usw.

Gewiß, das Buch ist sehr raffiniert geschrieben, aber wenn man zwischen den Zeilen lesen kann, ist es nicht schwierig, den Charakter dieses Elements zu erkennen. „Der Stein, den sie gegen China erhoben haben, wird ihnen auf die eigenen Füße fallen."

Weil er krank ist, wollen sie ihn entlassen!



Der Kollege R. arbeitet seit 3 Jahren in 222. Jetzt soll er entlassen werden, weil er an den Bronchien und den Stimmbändern erkrankt ist und nicht mehr bei reizenden Gasen und Staub arbeiten darf! Die Werksleitung der Cassella benutzt die Krankheit des Kollegen, um ihn zu entlassen.

Das fängt schon beim Werksarzt an. Als Kollege R. ihm sein Attest bringt, heißt es, es würde für ihn wohl keinen Arbeitsplatz geben. Dr. Krekel empfiehlt ihm sogar, das Attest erst gar nicht abzugeben, dann könne er ja in 222 weiterarbeiten.

Die Personalabteilung teilt ihm auch sofort mit, man habe keinen Arbeitsplatz für ihn, er solle doch „seiner eigenen Gesundheit zuliebe" selbst kündigen und eine neue Arbeit suchen. Sie würden ihm auch „den Gefallen tun" und ihm kündigen, damit er wenigstens Arbeitslosenunterstützung bekommt.

Kollege R. geht zum Betriebsrat. Dort wird ihm gesagt, da könne man gar nichts machen, die Werksleitung habe das Recht, ihn zu entlassen, wenn er für seine Arbeit nicht mehr tauglich sei. Auch der Betriebsrat empfiehlt, R. solle sich eine andere Arbeit suchen.

Der Kollege gibt nicht auf. Er wendet sich weiter an den Werksarzt, die Personalabteilung, den Betriebsrat. Überall wird er abgewiesen. Es gibt für ihn keinen geeigneten Arbeitsplatz, heißt es überall. Als sein Vertrauensmann noch einmal mit ihm zum Betriebsrat gehen will, wird ihm gesagt, er brauche erst gar nicht zu kommen, es habe doch keinen Zweck. Kollege R. geht trotzdem hin. Der Betriebsrat spricht große Worte, er habe alles getan, was möglich sei, aber wenn er für die Chemie nicht geeignet sei, könne auch er nichts machen. Der Werksarzt gebe seine Zustimmung nicht, und der sei ja schließlich Mediziner und wisse das besser als sie und der Kollege. Der Kollege R. fragt, ob der Betriebsrat der Entlassung zustimmen wird, und Hippmann antwortet ihm, er könne sich nicht gegen die Entlassung stellen.

So einfach ist das also! Ein Kollege ist krank, der Werksarzt schreibt ihn für alles untauglich, die Werksleitung hat keinen geeigneten Arbeitsplatz für ihn, und dem Betriebsrat tut es leid. Ein abgekartetes Spiel! Überall sind die Arbeitsstellen unterbesetzt und schon seit Monaten wird kein freigewordener Platz neu besetzt. Und da sollte kein Arbeitsplatz für den Kollegen zu finden sein? Der Hippmann-Betriebsrat weiß genau, wo Leute fehlen, er kennt auch die Beschaffenheit der Arbeitsplätze. Aber er ist ja nicht dazu da, den Arbeitern zu helfen, wenn sie in eine solche Notlage geraten, sondern er steht im Dienst seiner Herren, der Kapitalisten.

Kollegen, das ist kein Einzelfall. Es hat schon mehr solche Fälle gegeben. Was heute mit dem Kollegen R. geschieht, kann morgen jedem anderen auch passieren, denn bei der Knochenarbeit in der Cassella sind die meisten sowieso nach ein paar Jahren krank. Deshalb müssen wir diese Entlassung verhindern, müssen bei jeder drohenden Entlassung fordern, daß den kranken Kollegen ein geeigneter Arbeitsplatz zugewiesen wird, müssen wir geschlossen gegen jede Entlassung wegen Krankheit kämpfen.

Aber, Kollegen, der Fall des Kollegen R. macht auch deutlich, daß die Arbeiter in diesem System, dem Kapitalismus, nur zu einem da sind, nämlich ausgebeutet zu werden, und wenn sie dazu nicht mehr geeignet sind, werden sie fallengelassen, bekommen sie einen Tritt. Im Kapitalismus sind Werksärzte und das gesamte Betriebsratssystem nur dazu da, die Kapitalisten zu unterstützen, auch ihnen ist das Schicksal der Arbeiter völlig egal. Ein solches System ist bis auf die Grundfesten verfault und unmenschlich, ein solches System muß durch die sozialistische Revolution, durch die Arbeiterklasse, zerschlagen werden!

Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst

Anfang November kam ein Rundschreiben vom Westberliner Senat an den Öffentlichen Dienst in Westberlin, darin hieß es: „Mit Wirkung vom 1. 11. 75 wird jede zweite freiwerdende Stelle im Öffentlichen Dienst nicht mehr neu besetzt. Vorläufige Dauer dieser Maßnahme: 6 Monate." Anfangs hieß es, daß diese Maßnahme auf Schulen und Krankenhäuser nicht zutreffen würde, aber inzwischen werden nur Polizei und Justiz vom Einstellungsstopp ausgenommen.

Aufgrund der wachsenden Empörung änderte der Senat den Einstellungsstopp. Jede fünfte freiwerdende Stelle soll jetzt nicht mehr neu besetzt werden, aber dafür wird die Dauer auf 12 Monate verlängert. 65 Millionen will der Senat allein mit dieser Maßnahme einsparen und weitere Millionen durch zusätzliche Stellenstreichungen. Das sieht z. B. folgendermaßen aus:

Fünf Stellen in der Küche des Neuköllner Krankenhauses tragen den sogenannten Sperrvermerk. Für einige Stellen in der Wäscherei gilt dasselbe. Es ist natürlich nicht so, daß weniger gekocht oder gewaschen wird, es wird damit die Arbeitshetze erhöht.

In der Feuchtwischabteilung (Putzkolonnen) arbeiten 10 sogenannte Springer. Das sind Kolleginnen mit Zeitverträgen von etwa 1/2 Jahr Dauer. Solche Verträge dürfen nicht einfach jeweils um ein weiteres 1/2 Jahr verlängert werden, obwohl den Kolleginnen ein unbefristeter Arbeitsvertrag zusteht. Also läuft das so: Zwischen Ablauf und Beginn eines neuen Vertrages liegen etwa 14 Tage, in denen die Kolleginnen arbeitslos sind. Jetzt sollen viele der auslaufenden Verträge nicht wieder erneuert werden, also bleiben die Kolleginnen arbeitslos und die Arbeit müssen die Schwestern mitmachen.

Die Küchenfrauen auf einigen Stationen müssen gegenwärtig genau aufschreiben, welche Arbeiten sie nachmittags ausführen. Es ist seit langem bekannt, daß sie den Schwestern häufig noch helfen, weil sie die schwere Arbeit kaum schaffen können. Der Sinn dieser Maßnahme ist, nachzuweisen, daß die Küchenfrauen „zweckfremde" Arbeiten ausführen und eigentlich überflüssig sind und die Schwestern diese Arbeit auch noch ausführen sollen.

Gegen all diese Maßnahmen läuft nun der Personalrat am Krankenhaus scheinbar Sturm. Aber nur deshalb, weil im nächsten Frühjahr Personalratswahlen sind. Nach dem Landeskrankenhausgesetz werden die Neuköllner Krankenhäuser zusammengefaßt und bekommen einen gemeinsamen Personalrat. Es steckt also nichts anderes dahinter als die Angst der Personalrat dabei seinen Posten verlieren könnte.

Gegen diese staatliche Rationalisierung, die die Ausplünderung immer mehr verschärft, wird der Kampf aufgenommen. An vielen Westberliner Krankenhäusern gibt es oppositionelle Kollegen und Gewerkschaftsgruppen, wie am Klinikum Steglitz, am Urban-Krankenhaus und in Neukölln. Es kommt darauf an, diese Gruppen um die Ziele und die Aufgaben revolutionärer Gewerkschaftsarbeit zusammenzuschließen.

Der ÖTV-Apparat erweist sich als Unterdrückungsinstrument gegen die Kollegen. Es wird versucht, gerade diese Gewerkschaftsgruppen aufzulösen und revolutionäre Kollegen zu entlassen. Das zeigt, daß es notwendig ist, den Einfluß des ÖTV-Apparates kompromißlos zu bekämpfen und die Kollegen für den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zu gewinnen.

ÖTV plant Lohnraub

7,5%, das ist die Forderung, die die ÖTV-Führer für die Arbeiter und Angestellten des Öffentlichen Dienstes aufgestellt hat. Diese Forderung bedeutet Lohnraub. Der ÖTV-Apparat verschärft damit die Ausplünderung der Arbeiter und Angestellten. Diese Ausplünderung, wie sie auch bei den Rationalisierungen bei der Post, bei der Bundesbahn, wo 60000 Bahnarbeiter entlassen werden sollen, bei den ständigen Gebührenerhöhungen usw. zum Ausdruck kommt, wird mit Hilfe des Gewerkschaftsapparates durchgesetzt. Sie geht einher mit der politischen Unterdrückung, die ebenfalls von dem ÖTV-Apparat mit durchgesetzt wird, wie die Berufsverbote gegen Revolutionäre im Öffentlichen Dienst, Streikverbote für Beamte, die Gewerkschaftsausschlüsse usw. Der ÖTV-Apparat ist ein Unterdrückungsinstrument der Kapitalisten gegen die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten. Der Tarifabschluß soll der kapitalistischen Wirtschaft, den Kapitalinteressen Rechnung tragen, so will es auch der ÖTV-Apparat. Nur im Kampf gegen den Gewerkschaftsapparat können die Kollegen Lohnerhöhungen erkämpfen.

Revisionistisches

REVISIONISTISCHER NIKOLAUS

In Recklinghausen haben die D,,K''P-Revisionisten Kinder und Eltern zu einer ,,großen traditionellen Nikolausfeier'' eingeladen. Der ,,heilige Nikolaus'' soll ihnen wohl dabei helfen, sich als Kinderfreunde herauszuputzen, um desto besser Propaganda für ihre revisionistische Verratspolitik machen zu können und sich das Vertrauen der Menschen zu erschleichen. Daß sie dabei auch die Verbreitung der Religion fördern, stört diese angeblichen Kommunisten natürlich nicht.

EIN WAHRES WORT

,,Wir werden niemals akzeptieren, daß die Entscheidungen, die das Leben der Französinnen und Franzosen betreffen, woanders getroffen werden als in Moskau (peinliches Schweigen) äh, in Paris''. Mit diesem Versprecher entschlüpfte dem Führer der französischen Revisionisten einmal ein wahres Wort.

EIN BEITRAG ZUM ,,HEILIGEN JAHR''?

Während die D,,K''P-Revisionisten bei uns stets so tun, als würden sie den Kampf gegen den § 218 unterstützen — sie in Wirklichkeit aber in die Bewegung eindringen, um sie auf reformistische Positionen zu bringen, sind die Revisionisten in Italien wesentlich offener. Dort zeigt sich, was von den Revisionisten zu erwarten ist, wenn sie vor der Möglichkeit stehen, an der Regierung beteiligt zu werden. Sie gehen dann sogar soweit, sich offen gegen den gerechten Kampf des Volkes zu stellen.

Ähnlich wie in Westdeutschland gibt es auch in Italien eine breite Bewegung im Volk für die Abschaffung des Paragraphen, der die Abtreibung unter Strafe stellt. Die Bewegung ist dort so stark, daß es kürzlich im italienischen Parlament zur Abstimmung über verschiedene Vorschläge zur gesetzlichen Neuregelung der Abtreibung kam. Die ,,Democrazia Christiana'', die reaktionäre Regierungspartei, hatte den Antrag gestellt, Abtreibungen wie bisher als Verbrechen zu ahnden. Ihr Antrag fiel im Parlament durch, so daß jetzt die Gegenposition abzustimmen war, die vorschlug, die Entscheidung über Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten allein der betroffenen Frau zu überlassen. Und siehe da: Es waren die italienischen Revisionisten der P,,C''I, die diesen Entwurf gemeinsam mit der ,,Democrazia Christiana'' niederstimmten und sich damit offen gegen den gerechten Kampf der Bevölkerung stellten. Stattdessen schlagen die Revisionisten nur eine ,,Indikationslösung'' vor, ähnlich derjenigen, wie sie bei uns gegenwärtig besteht und wie sie von den Werktätigen bekämpft wird. Selbst im bürgerlichen Lager verstummen die Stimmen nicht mehr, die sagen, daß die P,,C''I nur deshalb so vorgegangen sei, um sich für ein baldiges, gemeinsames Regieren mit der offen reaktionären ,,Democrazia Christiana'' eine gute Grundlage zu verschaffen. Andere Stimmen wollen sogar wissen, daß die P,,C''I damit ihren Beitrag zum ,,heiligen Jahr'' des Papstes habe leisten wollen. Wie auch immer — schon der Spott dieser bürgerlichen Stimmen zeigt nur allzu deutlich, daß die Revisionisten mit dem Marxismus-Leninismus, mit dem Kampf für die Interessen der werktätigen Massen nichts gemeinsam haben.

DIE LÄNGSTEN KÜHE

Wie ein Witz erzählt, streiten sich zwei deutsche Bauern, die gerade ihren Urlaub in Bulgarien verbringen, wer denn von beiden zu Hause im Stall die längsten Kühe habe. Ein bulgarischer Bauer, der vorbeikommt, hört den Streit und erklärt den streitenden Bauern: ,,Die längsten Kühe sind doch die bulgarischen! Die fressen mit dem Maul in Bulgarien, gemolken aber werden sie in Moskau.''

Hochschulrahmengesetz

Unterdrückung an den Unis wird verschärft

Noch vor Weihnachten haben Bundestag und Bundesrat nach fünfjähriger Vorbereitungszeit das Hochschulrahmengesetz verabschiedet. Dieses Gesetz ist ein schwerer Angriff auf die Studenten, es dient der Verschärfung ihrer politischen Unterdrückung, der Verschärfung des Numerus Clausus und einer gnadenlosen Reglementierung des gesamten Studiums.

Das Gesetz ist Bestandteil der Faschisierung des Staatsapparates und des ganzen gesellschaftlichen Lebens durch die westdeutschen Imperialisten.

So ist einer der Kernpunkte des Gesetzes das neue ,,Ordnungsrecht'', demzufolge nach § 31 ,,*die Einschreibung zum Studium ... widerrufen werden*'' kann ,,*wenn ein Student durch Anwendung von Gewalt, durch Aufforderung zur Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt*'' den Hochschulbetrieb ,,*behindert*''. Drei Jahre Verweis von jeder Universität in der Bundesrepublik ist die Höchststrafe dafür. Es ist klar, daß sich diese Bestimmung hauptsächlich gegen die revolutionären Studenten richtet, gegen die revolutionäre und marxistisch-leninistische Agitation und Propaganda an den Hochschulen. Schon jetzt ist es z. B. dem KSB/ML an vielen Universitäten verboten, Büchertische aufzustellen. Geschieht dies trotzdem, wird die Polizei in die Universität geholt, wie in München oder in Münster. Wer in Seminaren oder anderen Lehrveranstaltungen der reaktionären, idealistischen und metaphysischen bürgerlichen Wissenschaft, den wissenschaftlichen Sozialismus, den dialektischen und historischen Materialismus entgegenhält, läuft Gefahr, als ,,Gewaltprediger'' bestraft zu werden.

Das neue Ordnungsrecht gibt aber darüber hinaus auch die Möglichkeit, alle Studenten, die sich gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Studienbedingungen, gegen die wachsende politische Unterdrückung,gegen reaktionäre Vorlesungen usw. zur Wehr setzen, die z. B. für die Durchsetzung von Forderungen der Studenten zum Vorlesungsstreik aufrufen, die sich an solchen Streiks beteiligen und ähnliche Aktionen durchführen, von der Hochschule zu verweisen. Das neue Hochschulrahmengesetz enthält keine Bestimmungen über die Abschaffung der Organe der verfaßten Studentenschaft. Es läßt diese Frage offen. In der Praxis wird das allerdings nur bedeuten, daß die Asten und die Studentenparlamente, da, wo sie jetzt noch existieren, nicht auf einen Schlag, sondern nach und nach beseitigt werden, um die Kampffront dagegen zu spalten. Gleichzeitig ist dieses Gesetz eine direkte Hilfe für die modernen Revisionisten der D,,K''P und ihren Studentenverband MSB Spartakus. Während die Agitation und Propaganda für die revolutionäre Gewalt und den revolutionären Kampf verboten werden soll, können die revisionistischen Verräter ungehindert ihre Propaganda für den Mitbestimmungsbetrug, den Pazifismus und den friedlichen Weg zum Sozialismus auf dem Boden der Verfassung verbreiten.

Über die Verschärfung der politischen Unterdrücker hinaus bringt das neue Hochschulrahmengesetz auch eine Verschärfung des Numerus Clausus durch die Einführung besonderer Zulassungsprüfungen in den am meisten überlaufenen Fächern und eine gnadenlose Reglementierung des Studiums durch die Einführung einer allgemeinen Regelstudienzeit. Die Studenten der Fächer, in denen es diese Regelstudienzeit heute schon gibt, wissen was das bedeutet: In jedem Semester Zwischenprüfungen, besondere Klausuren, Pauken und Büffeln, um in der kurz bemessenen Studienzeit den Stoff zu schaffen — ständiger Druck und die Drohung wegen Versagens'' das Studium abbrechen zu müssen.

Erst jetzt, nach fünfjahriger Vorbereitungszeit, hat die Bourgeoisie das neue Gesetz verabschieden lassen. In diesen fünf Jahren ist auf Landesebene ein rekationäres Hochschulgesetz nach dem anderen durchgesetzt worden, wurde in breitem Maßstab der Numerus Clausus eingeführt und die Prüfungsordnungen verschärft. Immer wieder haben aber auch die Studenten in diesen fünf Jahren gegen die reaktionären Gesetze und das neue Hochschulrahmengesetz gekämpft. Wenn es der Bourgeoisie trotzdem jetzt gelungen ist, das neue Gesetz relativ einfach durchzusetzen, so liegt das nicht zuletzt an der verräterischen Politik der modernen Revisionisten an den Hochschulen und Universitäten. Es ist diesen Verrätern gelungen, die Bildung einer revolutionären Kampffront zu verhindern, den Kampf zu spalten und zu zersplittern und die Studenten wie in Marburg mit ihren Parolen zu betrügen. Der Kampf gegen das neue Hochschulrahmengesetz ist deshalb untrennbar mit dem Kampf gegen die modernen Revisionisten verbunden.

Dortmund/Marburg

Prüfungsverbot gegen Lehrerstudenten

Die Kultusministerien planen offensichtlich, ihr Vorgehen gegen fortschrittliche und kommunistische Lehrerstudenten noch mehr zu verschärfen. Zu den bisherigen Berufsverboten kommen neuerdings auch Prüfungsverbote. Für die betroffenen Studenten bedeutet das, daß sie nach jahrelangem Studium nicht einmal einen Abschluß bekommen — von einer Anstellung ganz abgesehen.

Der Lehrerstudent N. Domes aus Marburg berichtet darüber: ,,Vor fünf Monaten, im Juni 1975, habe ich mich zur ersten Staatsprüfung für Lehrer an Gymnasien angemeldet. Seit dieser Zeit liegt mein Antrag auf Zulassung zur Prüfung beim hessischen Kultusministerium in Wiesbaden. Die unverschämt lange Zeit von fünf Monaten und die Tatsache, daß das Kultusministerium sich eingeschaltet hat, zeigen, daß hier gegen mich ein Prüfungsverbot geplant wird.

Anlaß dafür soll ein Prozeß sein, der gegen mich läuft: Ich wurde vor über einem Jahr bei einer Aktion (zu der die KPD/ML aufgerufen hatte) gegen eine Wahlveranstaltung der NPD-Faschisten von der Polizei zusammengeschlagen und festgenommen. Es folgte eine Anklage wegen ,,Versammlungssprengung und gefährlicher Körperverletzung'', angeblich habe ich mit einem ,,gefährlichen Werkzeug'' — einem beschuhten Fuß (!) — nach einem Polizisten getreten. Schon an dieser an den Haaren herbeigezogenen Anklage wird deutlich, daß gegen mich ein Gesinnungsurteil gefällt werden soll, weil ich Kommunist bin.

,,Ergänzt'' wird diese Unterdrükkungsmaßnahme der Klassenjustiz nun durch das Vorgehen der Kultusbürokratie. **Die Nichtzulassung zur Prüfung hätte für mich zur Folge, daß ich das Studium abbrechen müßte, daß ich ohne abgeschlossene Berufsausbildung nicht die geringste Möglichkeit hätte, Arbeitslosenhilfe zu bekommen und daß ich gleichzeitig die gesamte Ausbildungsförderung, die ich erhalten habe, zurückzahlen müßte. Das sind weit über 10000 DM. So kommt also zu der Geld- bzw. Gefängnisstrafe aus dem Prozeß hintenherum zugleich noch eine zweite hohe Geldstrafe hinzu.**'' Gegen dieses Prüfungsverbot haben mit der Verabschiedung einer Resolution an der Universität Marburg über 1000 Studenten auf einer Vollversammlung protestiert.

Bei dem Lehrerstudenten W. Bartels in Dortmund, der ebenfalls zur Prüfung nicht zugelassen werden soll, haben die Protestaktionen an der Universität vorläufig bereits einen Erfolg erzielt. Er berichtet: ,,Anfang Juli 1974 wurde mir an der Pädagogischen Hochschule durch einen Erlaß des Kultusministers Girgensohn die Zulassung zur 1. Staatsprüfung verweigert. **Begründet wurde dies mit Bestimmungen der Prüfungsordnung und des Landesbeamtengesetzes, wonach ein Bewerber wegen ,ungeeigneter Gesamtpersönlichkeit' bzw. ,charakterlichen Mängeln' zurückgewiesen werden kann. Die wahren Gründe jedoch gab in der jetzt geführten Verwaltungsgerichtsverhandlung der Prüfungsamtsleiter an: ,Herr Bartels ist Kommunist und wegen diesbezüglicher Tätigkeiten mehrfach vorbestraft. Ein solcher Mann darf niemals Lehrer werden!'**

Studenten, Hochschullehrer, viele fortschrittliche Lehrer und Lehramtsanwärter, fortschrittliche Hochschulgruppen usw. protestierten gegen dieses unerhörte Prüfungsverbot. Der KSB/ML verbreitete die Sache in der ganzen Hochschule, über 300 Protestunterschriften wurden gesammelt. Der Senat der Hochschule verabschiedete eine Protestresolution. Überall wurde über das Prüfungsverbot diskutiert.

Im November dieses Jahres — 1 1/2 Jahre nach Einreichung meiner Klage kam es endlich zur Verhandlung. Während der ganzen Zeit konnte ich einerseits die Hochschule nicht verlassen, da man sonst keine Prüfung mehr ablegen kann, andererseits aber bekommt man keine anständige Arbeit, weil man zugleich noch Student ist. Meine Existenzgrundlage war also dauernd unsicher. Als ich vor Gericht dies jetzt zur Sprache brachte, begann der Vorsitzende der fünf Richter mit der Faust auf den Tisch zu schlagen: ,,Wenn Sie nicht sofort schweigen, werde ich die Verhandlung vertagen. Sie wissen ja auch, wie lange es gedauert hat, bis der Termin angesetzt wurde.'' Auf meine Frage, ob das eine neue Drohung mit einem Angriff auf meine Existenzgrundlage sei, hieb er mit beiden Fäusten auf den Tisch und brüllte: ,,Jawohl, damit drohe ich Ihnen!'', schloß die Verhandlung und rannte hinaus.

Dennoch war das Urteil, auf das ich weitere vier Wochen warten mußte, ein vorläufiger Erfolg, gab meiner Forderung nach Prüfungszulassung statt. Hauptgrund dafür, daß das Prüfungsverbot vorläufig zurückgeschlagen werden konnte, ist zweifellos die Tatsache, daß eine starke Bewegung an der Universität sich dagegen richtete.'' Diese Bewegung gilt es erneut zu mobilisieren, denn gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt, die für die Prüfung von W. Bartels wiederum aufschiebende Wirkung hat.

Vom Aufbau des Sozialismus

DER HAGEL KANN BESIEGT WERDEN

Hagelunwetter sind in China häufig und weitverbreitet. Früher waren manche Leute in China der Ansicht, Hagelunwetter seien als Naturereignisse unvermeidlich, und man könne nichts dagegen tun. Die Praxis hat jedoch bewiesen, daß der Mensch stärker ist als die Natur. Inzwischen wird in 24 Provinzen Chinas Hagelabwehr mit Hilfe von Geschützen, Raketen und Fliegerabwehrkanonen betrieben und die Erfolge sind bemerkenswert.

Im Kreis Hsiyang, Provinz Schansi, hagelte es jedes Jahr durchschnittlich 20 mal und ungefähr 8000 Hektar Land wurden betroffen. Seit 1969 sind die Maßnahmen zur Verhinderung von Hagelunwettern relativ erfolgreich. Während der letzten sechs Jahre gab es in der Kommune Dadschai, wo Maßnahmen ergriffen worden waren, fast kein Hagelunwetter. Im Kreis Miänning, Provinz Szetschuan, ist dank den Gegenmaßnahmen seit 18 Jahren die Zahl der Katastrophen Jahr für Jahr gesunken.



Viele Gebiete erhielten Unterstützung vom Staat, und auf die kollektiven Kräfte der Volkskommune gestützt sammelten sie Geld, suchten Materialien und stellten selbst Geschütze und Raketen her, um die Hagelunwetter zu bekämpfen. Sie organisierten ein gewaltiges Netzwerk, in dem die gesamte Feuerkraft konzentriert war, um die Hagelwolken zu zerstreuen, so daß der Hagelschlag verhindert werden konnte. Im Kreis Minhsiän, Provinz Kansu, hat jede Kommune und Produktionsbrigade eine Fabrik zur Herstellung von Schießpulver oder Bomben. 17 der 22 Volkskommunen im Autonomen Kreis Hudschu der Tu-Nationalität, Provinz Tschinghai, haben Fabriken für Raketen errichtet. Die im Kreis Dschuangho, Provinz Liaoning, hergestellten Geschütze können Raketen in eine Höhe von 1500 Metern abfeuern. Die im Kreis Yungdeng der Provinz Kansu hergestellten Raketen erreichen 2400 Meter Höhe. In einigen Gebieten, wo es die Bedingungen erlauben, haben die Menschen wirksam die fortschrittlichen Ausrüstungen wie Fliegerabwehrkanonen und Radar mit lokal hergestellten Geschützen und Raketen verbunden und damit noch bessere Erfolge erzielt.

Typisch für die Verhinderung von Hagelunwettern in China ist, daß die Fachleute und die Massen zusammenarbeiten. In den letzten Jahren haben Wetterstationen und wissenschaftliche Forschungsinstitute verschiedener Ebenen, von der zentralen bis zur lokalen, Untersuchungen, Analysen und Studien über Hagelunwetter durchgeführt. Die Abteilungen in Kansu, Tschinghai, Schensi, in der Inneren Mongolei und in Peking haben Basen für wissenschaftliche Forschung in den Hagelgebieten eingerichtet. Sie schicken mobile meteorologische Stationen, die mit den Massen an Ort und Stelle Untersuchungen und Experimente durchführen und die Erfahrungen zusammenfassen, so daß rechtzeitige Voraussagen über Wetter und Hagelunwetter möglich sind.

Im Prozeß gegen Michael Banos

7 Monate Gefängnis

Am 15. 12. fand vor dem Dortmunder Schöffengericht der Prozeß gegen den ehemaligen presserechtlich Verantwortlichen der Roten Hilfe statt. ,,Freiheit für Michael Banos, Rote Hilfe Deutschlands'', stand am Tag des Prozesses auf einer Mauer, vom Gerichtssaal aus gut zu sehen. Das Gericht nahm das zum Anlaß für verschärfte ,,Sicherheitsmaßnahmen''. Es wimmelte von Polizei, jeder Zuschauer mußte vor Betreten des Gerichtssaales seinen Personalausweis, Paß oder Führerschein abgeben.

Unter diesen Bedingungen gingen natürlich die meisten Zuschauer nicht in den Gerichtssaal. Stattdessen wurde dieser Angriff an die Öffentlichkeit getragen. Genosse Michal stellte im Gerichtssaal einen Antrag auf bedingungslose Zulassung der Öffentlichkeit. Der Antrag wurde abgelehnt. In der Begründung der Ablehnung zeigte sich zugleich, daß es sich hier nicht um eine Willkürmaßnahme eines Richters handelte. **Der Richter mußte nämlich zugeben, daß in einem Fernschreiben aus dem Düsseldorfer Innenministerium das Dortmunder Amtsgericht vor Störungen und ,,bevorstehenden Anschlägen auf das Gericht'' gewarnt worden war.**

Die Rote Hilfe Deutschlands verfaßte dazu sofort ein Flugblatt, das noch am gleichen Nachmittag bei Kundgebungen in der Dortmunder Innenstadt verteilt wurde.

Michael stellte dann zunächst einen Antrag, das Verfahren einzustellen, da bei keinem der Flugblätter, derentwegen er angeklagt war, die Verteilung nachgewiesen war. Staatsanwalt Greiser, berüchtigter Kommunistenjäger in Dortmund, erklärte dazu einfach, die Flugblätter seien schließlich bei den Akten der Staatsanwaltschaft, und das reiche als Beweis dafür, daß sie auch verteilt worden seien. Das Gericht folgte natürlich dieser Auffassung.

Dann stellte Genosse Michael klar, worum es hier ging: ,,Hier steht nicht ein Einzelner vor Gericht, sondern jemand, den die Klassenjustiz für einen Funktionär der Roten Hilfe hält. Hier steht die Tätigkeit der Roten Hilfe selbst vor Gericht. Die Anklage wirft uns vor, von Polizeiterror, Mord und Folterung an Revolutionären und Kommunisten zu sprechen. Normalerweise sollte man annehmen, daß der bestraft wird, der einen Mord begeht, und nicht der, der ihn aufdeckt, gegen die Mörder kämpft. Hier aber ist es genau andersherum, und das zeigt den Charakter der bürgerlichen Klassenjustiz.''

Die anschließende Beweisaufnahme geriet zu einer Farce. Alle Beweise, die Genosse Michael vorlegte, ob zur Ermordung des Genossen Günter Routhier, ob zur Isolationsfolter und Vernichtungshaft oder zu den anderen Dingen, die ihm als ,,Beleidigung'' und ,,Verächtlichmachung'' der Bundesrepublik vorgeworfen wurden, wurden innerhalb weniger Minuten als ,,unbegründet'' abgelehnt. **Der Richter: ,,Die Tatsachen interessieren hier nicht. Selbst wenn es so gewesen wäre, sind solche Werturteile strafbar.''**

Der Staatsanwalt bezeichnete es dann in seinem Plädoyer als ,,besonders verwerflich''. daß die ,,freiheitlich-demokratische Justiz'' als Schlagwort entlarvt worden war, hinter dem die Faschisierung vorangetrieben wird. Gleichzeitig wertete er es als strafverschärfend, daß die Flugblätter, für die Michael presserechtlich verantwortlich war, in einer hohen Auflage verteilt worden waren.

Hier zeigt sich die Angst der Bourgeoisie vor den Massen, davor, daß sie einsehen, daß sie mit Sprüchen von Freiheit und Demokratie betrogen werden, während sie in Wirklichkeit durch den Staat der Kapitalistenklasse unterdrückt werden und diese Unterdrückung sich immer mehr verschärft. Hier zeigt sich gleichzeitig, daß die Bourgeoisie weiß, daß die Flugblätter der Roten Hilfe bei den Massen auf Interesse und Zustimmung stoßen, warum sonst sollte sie die hohe Auflage der Flugblätter besonders schlimm finden?

Das Urteil lautete schließlich auf 7 Monate Gefängnis auf 3 Jahre ,,Bewährung'' und 900 DM Geldstrafe (Staatsanwalt Greiser hatte 7 Monate ohne Bewährung gefordert). 7 Monate allein dafür, daß Michaels Name auf Flugblättern der Roten Hilfe stand — das ist ein Terrorurteil! Dieses Urteil zeigt erneut, was von der Meinungs- und Pressefreiheit zu halten ist, die angeblich in der Verfassung garantiert sind. Es zeigt erneut, wie notwendig die Arbeit der Roten Hilfe Deutschlands ist, die Solidarität mit Kommunisten und Revolutionären zu organisieren, die an der vordersten Front im Klassenkampf stehen. Deshalb ist auch jede Hoffnung darauf, mit diesem Urteil Michael oder die Rote Hilfe Deutschlands einschüchtern zu können, vergeblich. Staatsanwalt Greiser hat im Prozeß erklärt, Michael sei ,,unverbesserlich''. Das stimmt allerdings — und nicht nur für Michael, sondern für eine ständig wachsende Anzahl Roter Helfer.

Vorwärts mit der Roten Hilfe Deutschlands!

Freiheit für die revolutionäre Agitation und Propaganda!

Heinz Baron im Gefängnis

Am 18. 12. morgens um 5 Uhr holten zwei zivile Polizisten Genossen Heinz Baron aus seiner Wohnung ab. Genosse Heinz, der für 16 Monate ins Gefängnis soll, weil er 1972 an der Demonstration zum Roten Antikriegstag teilnahm, durfte sich noch nicht einmal alleine von seiner Frau verabschieden. Schreibt Genossen Heinz. Die Adresse: Heinz Baron, 44 Münster, JVA, Gartenstraße 21





BIELEFELD

Am 11. 12. 75 ging in Bielefeld ein Prozeß gegen 5 Mitglieder und Sympathisanten der KPD/ML zu Ende. Insgesamt wurden 10 Verfahren zusammengezogen: 3 Verfahren um ein Flugblatt gegen politische Entlassungen bei Rheinstahl (Anklage § 90 a); 1 Verfahren um ein Flugblatt, in dem über den geplanten Schreibtischmord an Sascha berichtet wurde; 6 Verfahren über 3 Flugblätter und 2 Nummern des ROTEN MORGEN (Nr. 34 und 35/74), in denen über den Polizeimord an Günter Routhier und den darauffolgenden Polizeiterror berichtet wird.

Das Gericht ging von vornherein mit offenem Terror gegen die Angeklagten vor. Der Richter: ,,Beim letzten Mal (gemeint ist ein Prozeß gegen Christel und Wolfram im Juli dieses Jahres) habe ich bis zu 4 Tagen Ordnungshaft verhängt. Diesmal fange ich erst ab 4 Tage an.'' Auf ausdrückliche Genehmigung des Gerichts schrieb ein Polizeispitzel während der Verhandlung alles mit, was die Angeklagten und der Verteidiger sagten. In der Verhandlungspause holte er sich den Namen des Rechtsanwalts. Dem Rechtsanwalt wurde bei Androhung des Hinauswurfs verboten, Anträge gegen diesen Spitzel zu stellen. Alle Beweisanträge der Angeklagten wurden abgelehnt.

Die Staatsanwaltschaft hatte eine Reihe Zeugen geladen, die sich größtenteils in Widersprüche verwickelten. Wenn sie nichts sagen konnten, wurden ihnen die Akten vorgelesen oder sie kamen am nächsten Verhandlungstag wieder und machten eine ,,Bilderbuchaussage''. Der Richter gab sogar offen zu, mit einem der Zeugen telephoniert und die Sache besprochen zu haben.

Daß die Genossen verurteilt werden sollten, stand natürlich von vornherein fest. Die Strafen beliefen sich insgesamt auf 2900 DM und 3 Veröffentlichungen in 2 Bielefelder Tageszeitungen.

WESTBERLIN

In Westberlin wurde der dortige presserechtlich Verantwortliche der GRF (KPD) in einem Prozeß, in dem 6 Verfahren wegen Beleidigung und eins wegen Verstoßes gegen den § 90 a zusammengezogen waren, zu 1250 DM Geldstrafe verurteilt.

WESTBERLIN

Die Europäische Menschenrechtskommission hat eine Beschwerde des RAF-Gefangenen Heinrich Jansen, der nach jahrelanger Untersuchungshaft zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, abgelehnt. Heinrich Jansen hatte Beschwerde gegen seine Haftbedingungen eingelegt. Damit hat die Europäische Menschenrechtskommission bereits zum zweiten Mal die Isolationshaft in westdeutschen und westberliner Gefängnissen für gerechtfertigt erklärt.

STUTTGART

In Stuttgart hat der zweite Strafsenat des Oberlandesgerichts mit Prinzing als Vorsitzendem bereits den Antrag der Verteidigung auf Haftverschonung der Angeklagten abgelehnt. Die Fortdauer der Isolationshaft wurde erneut mit der ,,Gefährlichkeit'' der Angeklagten begründet.

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto.-Nr.: 321 004 547

Stichwort: SOLIDARITÄT

KARLSRUHE

Vor einiger Zeit waren der Geschäftsführer und der technische Leiter eines Betriebes wegen Körperverletzung angeklagt worden. Das Werk stellte Flaschenverschlüsse her und zwar seit 1966 anstelle der früheren Korkverschlüsse, Kunststoff- und Metallverschlüsse. Durch dadurch hervorgerufene Abgase wurde bei Anwohnern Augentränen, Hustenreiz, Atem-, Schlafbeschwerden, Brechreiz und Übelkeit hervorgerufen. Davon wußten die beiden Angeklagten auch seit mindestens 1971. Der Bundesgerichtshof, der jetzt über diesen Fall zu entscheiden hatte, erklärte zwar, daß die beiden den Straftatbestand der Körperverletzung erfüllt hätten, sprach sie aber trotzdem frei mit der Begründung, den Angeklagten habe die Einsicht gefehlt, Unrecht zu tun! Das gründete das Gericht darauf, daß die Angeklagten sich darauf berufen hatten, sie hätten nur noch die Möglichkeit gesehen, den Betrieb zu schließen. Wie das Urteil des BGH zeigt, war es mit den beiden Angeklagten einig: Profit geht vor.

PROZESSANKÜNDIGUNG

Am 7. 1 76 findet in Bochum ein Prozeß gegen die Genossin Marion Harries, presserechtlich Verantwortliche für ein Flugblatt der Partei zu den Prozessen gegen den ROTEN MORGEN statt (§ 185, Beleidigung). Termin 7. 1. 76, 10 Uhr, Amtsgericht Bochum, Viktoriastr. 14, Zi. 29.

Am 8. 1. 76 beginnt in München vor dem Landgericht die Berufungsverhandlung gegen Genossen Klaus Kercher. Er wurde in der ersten Instanz wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 zu 16 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Verhandlungstermine: 8. und 9. 1. 76, jeweils 9.00 Uhr, Zi. 248/II, Justizpalast München, Eingang Karlsplatz.

Sofortige Freilassung von Sascha!

Sascha soll bis zur Berufungsverhandlung in seinem Prozeß in Haft bleiben. Beim Haftprüftermin am 18. 12. lehnte der zuständige Richter die Aufhebung des Haftbefehls gegen Sascha wegen angeblicher ,,Fluchtgefahr'' ab.

Diese Begründung ist nichts als ein Vorwand. Die Bourgeoisie weiß genau, daß diese ,,Fluchtgefahr'' nicht besteht. Sie selbst war es, die Sascha gezwungen hat, fast zwei Jahre in der Illegalität zu leben, weil er für seine Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 nicht nur mit einer Gefängnisstrafe, sondern außerdem mit der Abschiebung in den Iran bestraft werden sollte. Bereits 1974, als Sascha sich dem Zugriff der Polizei entzog, hat er erklärt, daß der einzige Grund dafür die drohende Abschiebung, aber nicht die Gefängnisstrafe ist. Keiner, der wegen ihrer Teilnahme am Roten Antikriegstag zu Gefängnisstrafen verurteilten Genossen ist ,,in den Untergrund'' gegangen. Im übrigen hat sich Sascha, wenige Tage, nachdem er die Urkunde über seine deutsche Staatsangehörigkeit erhalten hat, der Polizei gestellt.

Daß Sascha jetzt im Gefängnis bleiben soll, obwohl er noch gar nicht rechtskräftig verurteilt worden ist, ist nichts als ein Terrorakt der Bourgeoisie! Es ist ihre Antwort darauf, daß der Kampf der Partei und Tausender von Menschen ihren Plan, Sascha an die Henker des Schah auszuliefern, vereitelt wurde.

Kämpfen wir dafür, daß der Haftbefehl gegen Sascha sofort aufgehoben wird!

Solidarität mit Klaus Öllerer!

Am 5. Dezember begann vor dem Landgericht Lüneburg ein Prozeß gegen den KJVD-Genossen Klaus Öllerer. In einer 60-seitigen Anklageschrift wird dem Genossen ,,Wehrkraftzersetzung'' vorgeworfen, weil er in der Bundeswehr den Befreiungskampf der indochinesischen Völker durch die Initiierung eines Komitees unterstützt habe. Schon vor Beginn des Prozesses war klar, daß Genosse Klaus zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt werden soll. Wie schon bei verschiedenen Prozessen gegen Gefangene der RAF wurden Prozeßbedingungen geschaffen, die der Bevölkerung suggerieren sollten, daß hier ein gemeingefährlicher Schwerverbrecher angeklagt sei.

Für den Prozeß wurde extra die Turnhalle eines Dorfes bei Lüneburg zu einer Festung umgebaut. Diese Halle wird nachts von Scheinwerfern angestrahlt. Ständig ist Polizei da. Passanten und vorbeifahrende Autos werden überprüft. Jeder Prozeßbesucher wird von Kopf bis Fuß durchsucht. Sogar die Journalisten müssen ihre Kugelschreiber abgeben und bekommen im Gerichtssaal dafür Bleistifte. Außerdem erhielt der Genosse einen Zwangsverteidiger, weil sein Wahlverteidiger ,,keine Gewähr für einen ordnungsgemäßen Ablauf des Verfahrens'' biete.

Schon in anderen Prozessen hat sich gezeigt, daß die Bourgeoisie auf die revolutionäre Tätigkeit in der Bundeswehr besonders scharf reagiert. So erhielt Genosse Martin Peleikis wegen eines einzigen Flugblattes, für das er presserechtlich verantwortlich war, 7 Monate Gefängnis. Ein anderer Genosse bekam 1 Monat Gefängnis, nur weil er einen Artikel aus dem ROTEN MORGEN über ein Manöver ans schwarze Brett geheftet haben soll. Nichts kann deutlicher als diese Prozesse gegen Kommunisten, die entschlossensten Kämpfer gegen den drohenden imperialistischen Krieg, zeigen, daß die Bundeswehr eine imperialistische Armee ist, eine Armee nicht für, sondern gegen das Volk.

Der KJVD hat eine Reihe Aktivitäten zur Unterstützung des angeklagten Genossen entfaltet. Auf einer Veranstaltung vor dem Prozeß wurde eine Grußadresse der ROTEN GARDE verlesen, in der die ROTE GARDE sich mit dem Genossen solidarisiert und seinen Freispruch fordert.

13. Strafrechtsänderungsgesetz

Neue Proteste

Gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz, das die Befürwortung der revolutionären Gewalt unter Strafe stellen soll, mit dem jegliche fortschrittliche Meinungs- und Pressefreiheit eingeschränkt werden soll, nehmen die Proteste und Protestaktionen weiter zu.

Uns erreichten weitere Protestresolutionen von der Fachschaft Architektur an der TU München; von den Teilnehmern der Veranstaltung gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz der KPD/ML in Wolfsburg; vom Stammtisch der Bremer Gruppe der Gesellschaft der Freunde Albaniens; von den Freunden und Kollegen auf dem Arbeitertreff der KPD/ML in Kiel-Friedrichsort; von den Roten Betriebsräten und 7 Kollegen von HDW Kiel; von der gemeinsamen Veranstaltung des KSB/ML und des KSV, Fachbereich 2 der TU Westberlin.

In Bremen fand eine gemeinsame Kundgebung der GRF und der Partei statt, die von der Polizei verboten wurde. In Freiburg fand an der Universität eine gemeinsame Kundgebung des KSB/ML und des KSV statt, wobei auftauchenden Faschisten Flugblätter mit der Überschrift ,,Kommunismus gleich Faschismus'' abgenommen und verbrannt wurden.

Die Initiative von Verlegern, Buchhändlern und Kulturschaffenden, die sich gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz gebildet hat, wird unter anderen von weiteren Verlagen, Schriftstellern und Buchläden unterstützt: Von Dr. I. Drewitz, Schriftstellerin; Prof. Dr. E. Bloch; Erich Fried, Schriftsteller; Uwe Himstedt, Schriftsteller; Heiner Kipphard, Schriftsteller; Wolfgang Kolneder, Regisseur; Dr. Klaus Kreimeier, Filmjournalist; Klaus Kuhnke, Schriftsteller; Dr. Helmut Lethen; Frank Rainer Scheck, Schriftsteller und Übersetzer; Gerd Sowka, Arbeiterschriftsteller; Günter Wallraff, Schriftsteller; Theodor Weißendorn, Schriftsteller; Einar Andrift, Schriftsteller und Prof. Dr. G. Bauer.

Vom Verlag Gaehme-Henke, Köln; Buchladen J. Hauberg, Kiel; Internationale Buch- und Zeitschriftenhandlung Berlin/Köln/Hamburg/München; Verlag Internationale Solidarität, Köln; Verlag Karl Klingemann (Roter Morgen), Dortmund; Verlag Kommunistische Texte, Münster; Verlag 20. Mai, München; Verlag Neues Rotes Forum, Wien; Druckerei J. Nieswand, Kiel; Verlag Rote Fahne, Köln; Universum Buchdienst, Westberlin; Trikont-Verlag München; Verlag G. Schubert, Dortmund; Studiobühne Würzburg; Buchhandlung Jörg Burkhard, Heidelberg.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30

BREMEN

Liebe Genossen, ich arbeite im Krankenhaus Bremen-Ost und möchte Euch über die miserablen Zustände der Nerven,heil'-anstalt berichten. Ich habe bis vor kurzem auf der Station gearbeitet, wo alte Männer mit Oligophrenie (Geistesschwäche) „behandelt" werden. Ich möchte Euch nun diese „Behandlung" schildern.

Die Patienten werden morgens um 5.00 Uhr geweckt (mit einer Trillerflöte) und „gewaschen" (es werden die Augen gewaschen). Dann werden alle Patienten an einen Tisch gesetzt. Weil es alte Leute sind, können sie sich meistens nicht allein anziehen. Die Pfleger „helfen" ihnen dann. Wenn es den Pflegern nicht schnell genug geht, werden die Patienten angeschrien und an den Tisch befördert. (Dazu muß man sagen, daß solche Methoden nicht von allen Pflegern angewandt werden). Dann gibt es um 6.30 Uhr Frühstück. Den alten Männern wird ein Teller mit Brot hingeschoben und sie erhalten dazu ein abscheulich schmeckendes Getränk, das Kaffe genannt wird. Nach dem Frühstück werden die Patienten wieder in's Bett gebracht. Gegen 9.00 Uhr wird mit der Behandlung von Wunden (zu 99% Wundliegen) begonnen. Manche Patienten hatten erst eine ganz kleine wunde Stelle, dann wurde sie immer größer und größer und erstreckte sich bald bis über den ganze Rücken — der Patient starb. Daß dem Patienten nicht geholfen werden konnte, lag ganz alleine am Arzt, denn der Arzt schnitt trotz Aufforderung die abgestorbenen Hautteile nicht heraus, gab keine Anweisung für die richtige medizinische ambulante Behandlung (Das Pflegepersonal darf ohne Anweisung des Arztes nichts eigenhändig unternehmen).

Montags und freitags bekommen alle Patienten einen Einlauf und werden auf alte verrostete Toiletten gesetzt und wie Verbrecher gefesselt, damit sie nicht aufstehen. Danach werden sie schnell gebadet und ins Bett gesteckt. Um 11.30 Uhr gibt es „Mittagessen". Weil es alte Leute sind, bekommen sie jeden Tag, jahraus, jahrein, ein passiertes, gleichschmeckendes Essen. Nach dem Essen ins Bett. Um 16.30 Uhr gibt es Abendbrot. Dann ins Bett. Das ist der Tagesablauf.

Dienstags, mittwochs, donnerstags und samstags bekommen die Patienten Schlafanzughosen an, auf den Tischen liegen Tischdecken, weil dann Besuchszeit ist und der Eindruck erweckt werden soll, wie gut es die Patienten doch haben.

Hier sieht man, wie die Proleten behandelt werden, wenn sie krank sind. Franco, der Faschist, hatte dagegen über 20 Ärzte für sich. Für die Krankenhausleitung und für den Staat ist der Prolet einen Dreck wert, für den nur das Nötigste getan werden muß.

Ein Genosse aus Bremen

LEUTKIRCH

Liebe Genossen!

Mein Vater ist im September pensioniert worden. Im Mai stellte er schon den Rentenantrag, damit er ab 1. September auch regelmäßig die Rente bekommt. In der Zwischenzeit ist es aber schon Anfang Dezember, aber von der Rente hat er noch keinen roten Heller gesehen. Dieses Lumpenpack von der Rentenversicherung hat jetzt ein halbes Jahr lang nichts wesentliches von sich hören lassen. Da darf man nun ein ganzes Leben lang schuften, und wehe man bezahlt einmal nicht pünktlich, dann hetzen sie einem sofort den Pfänder auf den Hals. Die aber, die vor dem Gesetz gleicher sind als wir Arbeiter, können mit uns umspringen wie sie wollen. Die ließen uns glatt verhungern.

Mein Vater hat seit seiner Pensionierung von dem bißchen Ersparten gelebt, dases in der letzten Zeit zusammenbrachte. Wäre nicht wenigstens das gewesen, wir müßten heute von Sozialhilfe leben. Dieser Fall zeigt doch ganz deutlich, daß der Kapitalismus nicht imstande ist, die Lebensinteressen der Ausgebeuteten aufrechtzuerhalten. Dies kann mich aber nur bestärken, noch stärker mit der Partei für den Sozialismus zu kämpfen.

Rot Front! Ein Rotgardist aus Leutkirch

HAMBURG

Liebe Genossen!

Über das brutale Vorgehen der Polizei gegenüber noch minderjährigen Jugendlichen berichtete uns eine Familie aus Mümmelmannsberg:

Mümmelmannsberg ist eins der neuen Arbeiterviertel in Hamburg. Dort wurden von der Neuen Heimat riesige Wohnblocks gebaut, und in diesen sogenannten „sozialen Wohnungsbeu" müssen die Familien horrende Mieten zahlen. Hohe Preise werden in den wenigen Geschäften und Kneipen verlangt.

So haben auch die Jugendlichen außer einer Diskothek so gut wie keine Freizeitmöglichkeiten. Diese Situation nutzt ein Frührentner (28 J.) aus und beaufsichtigt einen Keller für Jugendliche. Der Frührentner scheut sich nicht, mit der Polizei gegen die Jugendlichen zusammenzuarbeiten, wie der folgende Vorfall zeigt:

Er beschuldigte wahllos einige Jugendliche, seinen Plattenspieler kaputt gemacht zu haben und drohte mit einer Schlägerei, nachdem er sich Verstärkung geholt habe. Die Verstärkung bestand aus 8 Streifenwagen. Mit vorgehaltenen Maschinenpistolen riegelte die Polizei den Eingang zur Diskothek ab und holte drei (vier?) Jungen im Alter von 15-18 Jahren mit Gewalt raus, die dann mit Handschellen abgeführt wurden.

Bei der Polizei hielt man die 3 17 Stunden fest, ohne die Eltern zu benachrichtigen. Eltern, die sich Sorgen um ihre Kinder machten und bei der Polizei nachfragten, wurde jede Auskunft verweigert.

Die Jungs selbst behandelte man wie Schwerverbrecher, erkennungsdienstliche Behandlung, pausenlose nächtliche Einzelverhöre, wie Vieh wurden sie auf dem Flur an Stangen gekettet.

Der Jünste von den Dreien wagte den Mund aufzumachen, dafür wurde er mit dem Kopf gegen die Wand geschlagen.

Einige Tage nach dem Vorfall stand in der Zeitung, daß es der Polizei wieder gelungen sei, einige Rocker festzunehmen.

So stempelt man Arbeiterjugendliche zu gefährlichen Rockern und will damit Alt und Jung gegeneinander hetzen.

Genossen aus Hamburg

MÜNSTER

Am 27. 11. fuhr ein Genosse aus Münster mit dem Fahrrad durch die Stadt und verlor dabei seine Plastiktüte, in der ROTE MORGEN, andere Literatur, darunter die zweite Dokumentation zum Mord an Genossen Günter und ein Brief seiner Rechtsanwältin an ihn lagen. Ein Spanier fand die Tüte und brachte sie zur Polizei. Die Polizei rief daraufhin bei den Eltern des Genossen an und verständigte sie von dem Fund, obwohl der Genosse schon lange nicht mehr bei seinen Eltern wohnt. Als der Genosse etwas später von seinen Eltern erfuhr, daß seine Tüte bei der Polizei war, ging er dorthin. Er wurde sofort zum 14. K verwiesen. Dort sagte man ihm, daß gegen ihn ein gerichtlicher Durchsuchungsbefehl vorliege wegen Verdachts der Beleidigung im Zusammenhang mit der Dokumentation. Der Genosse verständigte sofort seinen Anwalt. Die Polizei ging dann mit dem Genossen zu seiner Wohnung und durchsuchte sie. Ein Exemplar der Dokumentation wurde beschlagnahmt.

Ein Genosse aus Münster

KAMEN

Vor kurzem wurde die Polizei in Unna vom Regierungspräsidenten gerügt, daß sie nicht genug hohe Verwarnungsgelder von „Verkehrssündern" einkassiere. Daraufhin wurden im ganzen Kreisgebiet von Unna verstärkt Polizeikontrollen durchgeführt, die sich besonders auf die späten Abend- und frühen Morgenstunden konzentrierten. In Kamen z.B. wurde Samstags morgens um 6 Uhr an einer breiten Ausfahrtsstraße kurz vor Ortsende eine Radarfalle aufgebaut. Jeder, der auch nur etwas mehr als 50 km/h fuhr, wurde angehalten und angezeigt, um möglichst viel Geld zu erpressen.

Lumpenjournalismus

Am 15. 12. 1975 brachte die Frankfurter Allgemeine Zeitung auf der ersten Seite ihres Lokalteils folgende Meldung:

„Wieder Telefonmarder. Zwölf Telefonzellen sind am Wochenende mutwillig beschädigt worden. Am Samstag stellte die Polizei an der Konstablerwache in zehn Zellen fest, daß die Kabel der Hörer abgeschnitten worden waren. Zur gleichen Zeit fand dort eine Kundgebung der KPD/ML statt. Kurz nach Mitternacht wurden in zwei Zellen der B-Ebene unter der Hauptwache die gleichen Schäden registriert."

Was hat die KPD/ML, was hat die Kundgebung gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz mit dem Telefonzellen-Vandalismus zu tun, über den die Frankfurter schon seit Monaten zu Recht empört sind? Nichts! Nicht einmal diese Meldung wagt es, offen einen Zusammenhang zu behaupten oder auch nur zu vermuten. Die hier verwandte Diffamierungsmethode ist so billig und plump wie niederträchtig: Wenn man die KPD/ML nur oft genug in einem Atemzug mit volksfeindlichen Verbrechen nennt, wird schon ein bißchen hängenbleiben! Ein Beispiel unter vielen, wie die Bourgeoisie die bürgerliche Presse im Klassenkampf einsetzt.

Das erste Vierteljahrhundert des neuen China

Vor einem Jahr feierte die Volksrepublik China den 25. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik. In diesen 25 Jahren hat das chinesische Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas mit Vorsitzendem Mao Tsetung an der Spitze großartige Erfolge errungen. Davon konnten sich im Juli dieses Jahres auch rund 200000 Menschen überzeugen, die die Ausstellung der VR China in Köln besuchten. Viele Menschen bewegt angesichts der positiven Entwicklung in der VR China die Frage: Wie wurden diese Erfolge erreicht? Welche Anstrengungen wurden dazu unternommen? Wie ist heute im Vergleich zu früher die Lage in Industrie und Landwirtschaft in China? Wodurch ist China als sozialistisches Land gekennzeichnet?

Für denjenigen, der eine Antwort auf diese Fragen sucht, empfehlen wir das vor kurzem erschienene Buch „Das erste Vierteljahrhundert des neuen China".

Dieses Buch, zusammengestellt aus Artikeln der Nachrichtenagentur „Neues China" und der chinesischen Presse, schildert anschaulich am Beispiel der Entwicklung verschiedener gesellschaftlicher Bereiche wie Industrie, Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Bildungswesen usw., daß die Grundlage des neuen, des glücklichen China die Errichtung der Diktatur des Proletariats und die entschlossene Weiterführung der Revolution gegen alle Reaktionäre, die China auf den kapitalistischen Weg zurückführen wollen, ist.

Im ersten Artikel des Buches heißt es:

„Der Vorsitzende Mao stellt fest: ‚Nur der Sozialismus kann China retten.' Der Weg, den wir zurückgelegt haben, hat nicht nur bewiesen, daß das sozialistische System dem kapitalistischen System unvergleichlich überlegen ist und im Vergleich mit diesem eine mächtige Lebenskraft besitzt, sondern auch, daß man, um das sozialistische System zu errichten, zu festigen und weiterzuentwickeln, das ganze Volk vereinigen und lange Zeit die Revolution unter der Diktatur des Proletariats konsequent weiterführen muß."

DAS ERSTE VIERTELJAHRHUNDERT DES NEUEN CHINA

„Das erste Vierteljahrhundert des neuen China". 258 Seiten, 40 teils farbige Photos, Preis 4,60 DM. Zu beziehen über: Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49. PSchKto Hmb 1935 72 — 207.



Bei der Zusammensetzung eines von China produzierten 300000-kW-Wasserturbogeneratorenaggregats



Reiche Weizenernte in der tibetischen Hochebenen-Tundra (3000-4000 m ü. d. M.)



Umgestaltung einer Löß-Hochebene



Der feierlich imposante Tiänanmen-Platz

10. Jahrestag der KP Polens

Zehn Jahre im Feuer des Klassenkampfes

Aus Anlaß des 10. Jahrestags der Gründung der KP Polens drucken wir im folgenden die Zusammenfassung eines Artikels aus der „Roten Fahne", dem Zentralorgan der KP Polens ab, die in Radio Tirana gesendet wurde.

Die Kommunistische Partei Polens, schreibt die „Rote Fahne", wurde am 4. Dezember 1965 gegründet. Die polnischen Kommunisten hatten jedoch ihren Kampf gegen den modernen Revisionismus viel früher begonnen. Die Gründung der illegalen, marxistisch-leninistischen Gruppe „Im Kampf liegt der Sieg" im Jahr 1965 war von großer Bedeutung und stellte den ersten bewußten Schritt zur Schaffung der revolutionären Partei des Proletariats dar. Die Gründung der KP Polens bedeutete einen Wendepunkt in der revolutionären Arbeiterbewegung Polens. So erfolgte bereits damals eine klare Trennung der polnischen Marxisten-Leninisten von den modernen Revisionisten und ihrer bürgerlichen Partei, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, sowohl ideologisch und politisch als auch organisatorisch. Die Gründung der KP Polens warf vor der Arbeiterklasse, vor allem vor ihren revolutionären Aktivisten, nicht nur das Problem des Verrats auf, sondern ebenfalls die Notwendigkeit, einen organisierten Kampf gegen die Verräter am Marxismus-Leninismus zu führen und die Interessen der Arbeiterklasse, der Revolution und des Sozialismus zu verteidigen.

Die KP Polens legte in ihrer Grundsatzerklärung vor der Arbeiterklasse und den breiten werktätigen Massen das Problem dar, die beiden Generallinien, die revolutionäre und die konterrevolutionäre, gegenüberzustellen. Die Tätigkeit der KP Polens zur Revolutionierung und Entlarvung erschwerte noch mehr die betrügerische Politik der bürgerlichen Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, der Gierek-Clique. Diese revolutionäre Tätigkeit mobilisiert die Arbeiterklasse zum Kampf, hebt ihr Bewußtsein auf ein höheres Niveau, um den Kampf nicht nur für Tagesfragen zu organisieren, sondern auch für die Ergreifung der Macht. Die KP Polens schließt in ihren Reihen die alten und jungen Revolutionäre, die Vorhut der heroischen Arbeiterklasse Polens zusammen. Sie vertritt ihre revolutionäre Tradition und kämpft für die Verwirklichung der unmittelbaren und historischen Aufgaben, die vor dem Proletariat als Hauptkraft der polnischen Gesellschaft in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe stehen. Das wichtigste Problem der polnischen Arbeiterklasse ist heute der Kampf darum, die verlorene Macht zurückzuerobern, ist der Kampf der ausgebeuteten und politisch betrogenen Arbeitermassen auf Leben und Tod, um die konterrevolutionären Verschwörer und die revisionistischen Usurpanten der Macht zu stürzen und die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Die Zeit von zehn Jahren im Leben der KP Polens, fährt die „Rote Fahne" fort, ist ausreichend, um im Feuer des heftigen Klassenkampfes, in den schwierigsten und entscheidensten Augenblicken, die das Land und das polnische Volk in dieser Periode durchgemacht haben, die Richtigkeit der politischen Linie der KP Polens zu bestätigen. Als Vorhut des Proletariats ist die KP Polens bereits seit den ersten Tagen ihres Bestehens untrennbarer Bestandteil der Arbeiterklasse. Sie ist stets an der Seite der Arbeiter, der

Fortsetzung auf Seite 10

Wir bauen ein neues, blühendes Kambodscha auf!

Wenn wir auf das Jahr 1975 zurückblicken, dann ist eines der wichtigsten Ereignisse im weltweiten Kampf der Völker für Freiheit und Unabhängigkeit der großartige Sieg der Völker Indochinas über den US-Imperialismus und seine Lakaien. Am 17. April, mit der Befreiung der Hauptstadt Phnom Penh, errang das kambodschanische Volk als erstes der indochinesischen Völker seine volle Freiheit.

Unsere Partei hat den Kampf des kambodschanischen Volkes überall breit propagiert und nach Kräften unterstützt. So konnten am 13. November zwei Vertreter der Partei in der Vertretung der Königlichen Regierung der Nationalen Union von Kambodscha (GRUNK) in Paris 25000 DM als Ergebnis einer Spendensammlung für den Wiederaufbau Kambodschas überreichen.

Bei ihren Versuchen, das Land in Schutt und Asche zu legen, haben die Kriegsverbrecher in Washington und Phnom Penh unvorstellbare Verwüstungen angerichtet. US-Bomber warfen in diesem Krieg achtmal mehr Bomben über Kambodscha ab, als im ganzen 2. Weltkrieg über England abgeworfen wurden. 600000 Menschen wurden ermordet — das sind 8% der gesamten Bevölkerung — und Hunderttausende verletzt. Reisfelder, Fabriken, Krankenhäuser, Schulen, die Transportwege — alles war zerstört. Nehmen wir nur als Beispiel die Pfeffersträucher: Vor dem Krieg war Pfeffer einer der wichtigsten Exportartikel Kambodschas. Die US-Imperialisten zerbombten 80% aller Pfeffersträucher.

Heute, ein 3/4 Jahr nach der Befreiung, wird bereits wieder Pfeffer exportiert. Dies beweist, daß das kambodschanische Volk, das sich selbst befreite, auch den Aufbau des Landes in die eigenen Hände nahm. Schon während des Krieges verwandelten sich die befreiten Gebiete in blühende Reisfelder und Obstplantagen. Heute sind die schlimmsten Kriegsschäden bereits beseitigt. Der Hunger, der unter dem Verräterregime wütete, ist verschwunden.

Die wichtigste Säule der jungen Volkswirtschaft ist die Landwirtschaft. Im ganzen Land haben die Bauern eine breite Kampagne entfacht zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion und zum Bau von Bewässerungskanälen und Wasserreservoirs. Im Distrikt Krasang z.B. legten dieBauern 41 Reservoirs und 41 Kanäle an. Sie erhöhten die Anzahl von Nutztieren und begannen mit der Einrichtung von Werkstätten für landwirtschaftliche Geräte. Vor der Befreiung konnte während der Trockenzeit nichts angebaut werden. Heute aber haben die Bauern nicht nur eine Rekordernte eingebracht, sondern sie können zweimal im Jahr ernten. Und überall im Land diskutieren sie, wie eine dreifache Ernte im Jahr erreicht und gesichert werden kann.

Das Volk, das die ausländischen Aggressoren besiegt hat, ist darangegangen, auch die Naturgewalten zu überwinden. Bis 1980 spätestens wird die kambodschanische Landwirtschaft vollkommen unabhängig sein von der natürlichen Wasserversorgung.

Aber nicht nur ausreichend Reis, Obst und Gemüse wird angebaut. Schon während des Krieges nahm das Volk den Anbau von Nutzpflanzen wieder auf, vor allem den Anbau von Kautschuk. Früher waren alle Kautschukplantagen in der Hand ausländischer Kolonialisten. Heute hat sich das Volk zurückerobert, was ihm gehört. ,,Wir sehen eigentlich erst jetzt, wo wir den Kautschuk selbst verarbeiten, was uns die Ausbeuter alles gestohlen haben'', sagen die Bauern auf den Plantagen. Auch Kokosnüsse spielen eine wichtige Rolle. Daneben haben sie damit begonnen, Baumwolle und Maulbeerbäume für die Seidenraupenzucht zu pflanzen — völlig neue Pflanzen in Kambodscha — um die einheimische Textilindustrie auf eigene Füße zu stellen.



Aus Schrott werden Rohstoffe gewonnen: Diese Töpfe waren früher B-52-Bomber der US-Armee, die ein Aluminium von hoher Qualität lieferten.

Der Aufbau Kambodschas zeigt, welch ungeheure Initiative und Schöpferkraft ein Volk besitzt, wenn es das Schicksal in die eigenen Hände genommen hat. Das kambodschanische Volk schafft seine Volkswirtschaft aus dem Nichts, aus Bombenkratern und Schrott. Die meisten Betriebe wurden im Krieg zerstört. Doch die Arbeiter und Bauern begannen noch am Tag der Befreiung mit der Instandsetzung. Ein Arbeiter der Textilfabrik in Pochentong, der direkt von der Front zurück in den Betrieb eilte, berichtete: ,,Vor ihrem Untergang haben die Verräter die Fabrik zerrüttet und in unbeschreiblichem Zustand hinterlassen. Maschinen, Rohstoffe, Werkzeuge — alles war wild durcheinandergeworfen. Wir begannen sofort, alles zu säubern und instandzusetzen. Jetzt ist die Fabrik, wie Sie selbst sehen können, sauber und in hygienischem Zustand.''

Eine entwickelte Industrie hat es in Kambodscha, das jahrhundertelang von ausländischen Kolonialisten ausgeplündert wurde, nie gegeben. Jetzt aber entstehen überall Manufakturen, kleine und mittlere Betriebe. Bauern, die früher kaum Maschinen gekannt haben, reparieren Spinn- und Webmaschinen, beginnen, solche komplizierten Geräte selbst zu bauen — aus dem Schrott erbeuteter Flugzeuge und Panzer. B 52-Bomber werden zu Aluminiumtöpfen verarbeitet. Die wichtigsten Betriebe sind bereits funktionsbereit. Kautschuk z.B. wird in Chak Angre zu Gummischuhen und Reifen verarbeitet. Auch die Fahrrad- und Wagenfabrik in Phnom Penh arbeitet wieder, ebenso das Elektrizitätswerk. An den Salzseen am Meer haben über 3000 junge Kämpferinnen die Salzproduktion wiederaufgenommen. Kleine pharmazeutische Betriebe verarbeiten Heilpflanzen zu Medikamenten für den Bedarf der umliegenden Ortschaften.

Die Volksmacht festigen!

Am 17. April hat das Volk überall im Land endgültig die Macht übernommen. Es begann, sein Leben und sein Land bewußt und planvoll zu gestalten. Fragt man die kambodschanischen Genossen, wie es mögilch war, daß ein kleines und armes Volk seine Freiheit gegen eine Supermacht verteidigen konnte, dann nennen sie5 Punkte als die Gründe ihres Sieges.

Der wichtigste Grund war die Ausarbeitung und Durchsetzung einer korrekten Linie. Diese wichtige Aufgabe hat die FUNK erfüllt. Die zweite Bedingung für den Sieg war, daß sich im Volk eine breite Bewegung für Unabhängigkeit, Demokratie und Volksmacht entwickelte und an der Spitze dieser Bewegung Führer standen, die diese Bewegung in die richtigen Bahnen lenken konnten. Der dritte Grund war der Aufbau einer nationalen Befreiungsarmee, der FAPLNK, die mit großem Opfermut kämpfte und den Feind überwand. Eine besondere Rolle spielte auch der nationale Faktor. Weil sie die Nation verrieten und den Patriotismus des kambodschanischen Volkes verhöhnten, waren die Verräter in Phnom Penh vom ersten Tag ihrer Herrschaft an im ganzen Land isoliert. Hinzu kam die breite internationale Solidarität der Völker der Welt. Vor allem die VR China unterstützte das kambodschanische Volk in selbstloser Weise.

Dies aber ist der wichtigste Punkt: Daß das Volk erwachte, den Kampf aufnahm und unerschütterlich an seinem Ziel festhielt. Diese Tatsache hat die kambodschanische Gesellschaft von Grund auf verändert. In Kambodscha hat das Volk nicht nur einen Krieg gewonnen, sondern eine Revolution durchgeführt. Die Kambodschaner selbst betrachten diese Epoche als die glänzendste und bedeutendste ihrer ganzen Geschichte.

Heute wird die Volksmacht aufgebaut. Der 2. außerordentliche Nationalkongreß, der unmittelbar nach dem Sieg zusammentrat, legte fest, daß ein Kambodscha aufgebaut werden müsse, das ,,*unabhängig, friedlich, neutral, souverän in seiner territorialen Integrität, blockfrei ist, das in einer nationalen Gemeinschaft lebt, wo Glück, Gleichheit, Gerechtigkeit und wahrhafte Demokratie herrschen, wo es weder arm noch reich gibt, weder ausbeutende noch ausgebeutete Klassen, mit einem Wort, eine Gemeinschaft, wo das Volk harmonisch zusammenlebt in der großen Einheit der gesamten Nation und wo jeder mitarbeitet an der Produktion, am Aufbau und der nationalen Verteidigung*''.

Auf dieser Grundlage kann heute die Produktion bewußt und kollektiv angepackt werden. Bauern und Arbeiter sind zusammengeschlossen in den Gruppen für gegenseitige Hilfe zur Förderung der Produktion. Diese Gruppen planen nicht nur den Wiederaufbau, sie sind auch ein Instrument der kollektiven Erziehung der Volksmassen. Da ist weiter die Tatsache, daß heute die Frauen in Kambodscha, die jahrhundertelang doppelt und dreifach unterdrückt waren, frei und gleichberechtigt sind. Da ist die Tatsache, daß alle Nationalitäten in Eintracht, zusammengeschlossen in der FUNK, zusammenarbeiten, daß alle Schichten des Volkes zusammenstehen für den Wiederaufbau und die Verteidigung Kambodschas. Sehen wir uns nur das Beispiel der Armee an! Wer kennt nicht die Bilder verkommener GI's, die in den widerwärtigsten Spelunken der von ihnen besetzten Länder ihren Sold durchbringen. Solche Soldaten kämpfen nicht für das Volk! Die kambodschanischen Volksbefreiungsstreitkräfte dagegen arbeiteten von Anfang an aktiv mit beim Wiederaufbau. In den Gefechtspausen des Krieges gruben sie Bewässerungskanäle, warfen Deiche auf, züchteten Vieh oder halfen beim Reisanbau. Das Elektrizitätswerk in Phnom Penh wurde von Soldaten wiederaufgebaut. Auch heute stehen sie, mit dem Gewehr auf dem Rücken, in der Produktionsfront. Allein in Peam Chor rodeten Soldaten in den letzten Wochen 160 Hektar Land für den Ackerbau.

Die Volksmacht schließt alle Patrioten zusammen, und alle profitieren davon. Das gilt auch für die, die früher mit den Verrätern zusammenarbeiteten, inzwischen aber ihre Fehler einsahen und sich mit dem Volk verbunden haben — mit Ausnahme krimineller Elemente. Für Verbrecher vom Schlag eines Sirik Matak oder Long Boret, die in die Hände des Volkes fielen, gibt es keine Gnade!

Jeder Aggression wachsam begegnen!

Die Imperialisten haben die Hoffnung nicht aufgegeben, Kambodscha noch an sich zu reißen und ihre Aggression fortzusetzen. Beim Einmarsch in Phnom Penh fanden die siegreichen Truppen detaillierte Pläne, wie Agenten im ganzen Land den Wiederaufbau sabotieren und die Volksarmee korrumpieren sollten. Zu diesen Plänen gehörte auch die Entsendung des Spionageschiffes Mayaguez und die Bombardierung kambodschanischer Ortschaften im letzten Mai. Daß sie gescheitert sind, ist allein der Wachsamkeit des Volkes zu danken. Deshalb ist das Volk auch wachsam gegenüber allen internationalen ,,Hilfsorganisationen'', mit deren Hilfe imperialistische Mächte ins Land eindringen könnten. Es ist wachsam gegenüber allen, die sich heute als ,,Freunde'' ausgeben, diplomatische Beziehungen wünschen und in Wirklichkeit nur versuchen, Kambodscha erneut zu versklaven, wie die russischen Sozialimperialisten. Schamlos haben sie in der Zeit des Befreiungskampfes mit den US-Imperialisten kollaboriert, das Verräterregime anerkannt und dem kämpfenden Volk alle möglichen Schwierigkeiten bereitet. Heute würden sie sich liebend gern als ,,Freunde'' einschleichen. Vor solchen ,,Freunden'' allerdings hat das kambodschanische Volk seine Türen gründlich verriegelt!

Die Bourgeoisie schweigt heute die Erfolge des kambodschanischen Volkes tot und verbreitet nichts als schmutzige Lügen. Das hat seinen guten Grund: Das kambodschanische Volk selbst hat die breite internationale Solidarität der Völker der Welt als eine wichtige Unterstützung bezeichnet. Diese Solidarität versuchen die Imperialisten und Revisionisten zu zerstören.

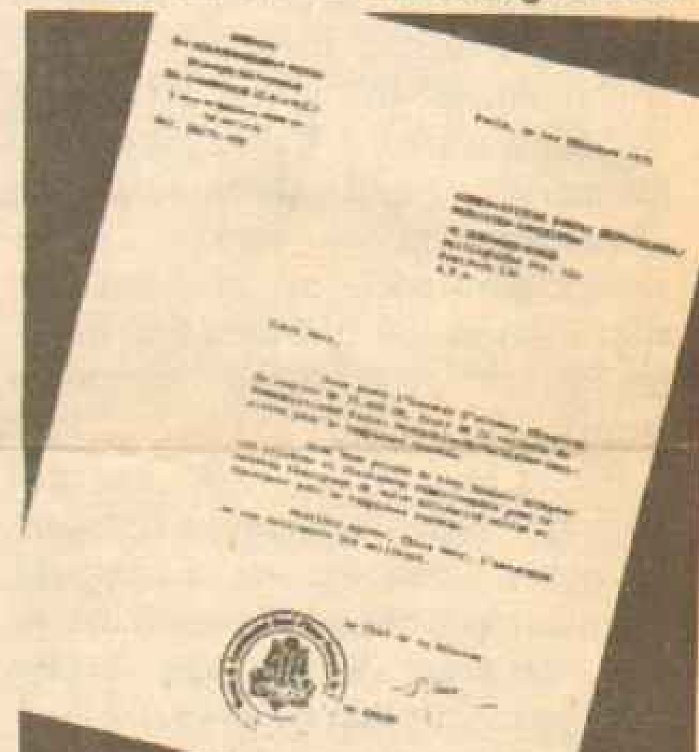
Nehmen wir nur das Beispiel der Evakuierung Phnom Penhs. Wieviele Lügen hat die Bourgeoisie darüber verbreitet! In Wahrheit aber war diese Maßnahme im Interesse des Volkes, und die kambodschanische Regierung hat sie ausführlich erläutert. So erklärte der stellvertretende Außenminister Jeng Sary in einem Interview: ,,*Nach der Befreiung glaubten wir, in Phnom Penh eine Bevölkerung von nicht mehr als 2 Millionen anzutreffen. In Wirklichkeit aber mußten wir zusätzlich 3 Millionen ernähren. Erinnern Sie sich, daß die amerikanischen Imperialisten ihrem Marionettenregime zugesichert hatten, daß sie mit ihren ungeheuren Mitteln monatlich 30000-40000 Tonnen Lebensmittel ... liefern würden. Es liegt auf der Hand, daß wir das nicht tun konnten. Deshalb informierten wir die Bevölkerung von Phnom Penh darüber, daß sie, wenn sie sich ausreichend ernähren wollte, aufs Land gehen müsse, wo Maßnahmen zu ihrer Aufnahme seit längerem getroffen waren. Innerhalb von 5 Tagen verließen die Menschen die Stadt.* [...] *70% der Einwohner konnten sich so besser ernähren als vor der Evakuierung Phnom Penhs.* [...] *Zum zweiten hatte die Evakuierung Phnom Penhs das Ziel, alle Pläne für Sabotage, Mord und Komplotte ... zu durchkreuzen ...*''

Allen Versuchen der Bourgeoisie und der modernen Revisionisten, den Wiederaufbau in Kambodscha zu verschweigen und mit üblen Greuelmärchen zu verleumden, müssen wir entschieden die Propagierung der Wahrheit entgegensetzen.

Daß die Imperialisten und Reaktionäre die Volksmacht Kambodscha so hassen, hat seinen guten Grund. Nicht nur, daß dieses Land gezeigt hat, daß der Sieg im Volkskrieg möglich ist. Es beweist heute auch, daß ein Volk, das sich seiner selbst bewußt ist, eine glänzende Zukunft aufbauen kann.

Kambodscha ist ein reiches Land. Es besitzt viele Naturschätze, große Wasserwege, einen Zugang zum Meer. Und es hat vor allem ein Volk, das, gestählt durch die Flammen der Revolution, gestützt auf die eigene Kraft, sein Land in einen blühenden Garten verwandeln will. In 2-3 Jahren werden die Schäden des Krieges beseitigt sein. Dann kann, auf der Grundlage von Fünfjahresplänen, der Aufbau von Landwirtschaft und Industrie, die Versorgung der Bevölkerung mit allen lebenswichtigen Gütern und die systematische Hebung des Lebensstandards noch planvoller durchgeführt werden. In spätestens 15 Jahren, sagen die kambodschanischen Genossen stolz, gehört Kambodscha zu den fortgeschrittensten Ländern Asiens.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA



Mit diesem Brief bedankte sich die Vertretung der Königlichen Regierung der Nationalen Union von Kambodscha in Paris für 25000 DM, die Genossen der Partei als vorläufiges Ergebnis der Spendensammlung überreichen konnten.

Anfang 1976 wird voraussichtlich eine Großveranstaltung in Stuttgart stattfinden, auf der ein Vertreter der FUNK, der Nationalen Einheitsfront Kambodschas, sprechen wird. Den genauen Veranstaltungstermin, der bei Redaktionsschluß noch nicht vorlag, werden wir rechtzeitig veröffentlichen.

Sowjetische "Abrüstungs"vorschläge dienen der Verschleierung der Kriegsvorbereitungen

Anläßlich der letzten Vollversammlung der UNO entfachte die „Prawda“ wieder ihre wilde Hetze gegen die VR China und gegen die chinesische UNO-Delegation: China, sagen sie, sei gegen Abrüstung. Es habe keine der 25 Resolutionen in der UNO über Abrüstung unterstützt. Es ist, wie wenn der Dieb schreit: „Haltet den Dieb!“ In der Tat ist die VR China für wirkliche Abrüstung. Sie hat vor aller Welt feierlich erklärt, zu keiner Zeit und unter keinen Umständen als erste Atomwaffen einzusetzen. Warum aber sind die Neuen Zaren im Kreml nicht bereit, dies ebenfalls zu erklären?

Wogegen sich die VR China richtet, daß sind die Täuschungsmanöver mit der Abrüstung, die sogenannten „Abrüstungs“vorschläge aus Moskau, die das gegenwärtige Wettrüsten lediglich verschleiern und zugleich Illusionen über Frieden verbreiten, während beide Supermächte tatsächlich zum Krieg rüsten.

Im Folgenden drucken wir einen Artikel aus „Peking Rundschau“ Nr. 47 ab.

Rede Huang Huas im Ersten Ausschuß der UNO-Vollversammlung

Der chinesische Delegierte Huang Hua hielt am 11. November auf der Sitzung des Ersten Ausschusses der UNO-Vollversammlung eine Rede zur Abrüstungsfrage, in der das Verhalten der Supermächte, besonders der Sowjetunion, entlarvt wurde, Wettrüsten und Ringen um die Welthegemonie zu intensivieren und gleichzeitig den „Entspannungs“- und „Abrüstungs“schwindel zu predigen. Er wies die von der Sowjetunion vorgebrachten „Abrüstungs“vorschläge zurück.

Huang Hua sagte: „In der heutigen Welt gibt es keine politische Entspannung und noch weniger militärische Entspannung. Was aufrechtbleibt, ist das verstärkte Ringen der beiden Oberherren, ist ihre wahnwitzige Aufrüstung, sind die zunehmenden Faktoren für den Krieg, die daraus erwachsen. Wenn das nicht der Fall ist, warum sonst sollte die Sowjetunion in rasendem Tempo ihre konventionellen Streitkräfte ausbauen, abgesehen von der energischen Entwicklung ihrer Atomwaffen? Warum sonst sollte sie eine offensive Stellung aufrechterhalten, die weit über die Bedürfnisse ihrer Verteidigung hinausgeht? Die wirkliche Situation ist: Nicht nur hat die Sowjetunion in gewissen Aspekten der Entwicklung von Kernwaffen die Vereinigten Staaten übertroffen, sondern auch im konvventionellen Wettrüsten ist sie schneller vorangekommen.“

Huang Hua fügte hinzu, daß viele Länder der Dritten Welt und andere kleine und mittelgroße Länder den Abrüstungsschwindel der Supermächte immer besser durchschaut haben. Sie fordern die Supermächte auf, die Nuklearwaffen zu vernichten und zu erklären, gegen jene Länder, die keine derartigen Waffen besitzen, keine Kernwaffen anzuwenden bzw. ihnen nicht mit dem Einsatz von Kernwaffen zu drohen. Einige Länder haben die Errichtung von den „Kernwaffenfreien Zonen“ oder „Friedenszonen“ in einigen Regionen vorgeschlagen und gefordert, daß die Supermächte im Hinblick auf diese Zonen entsprechende Verpflichtungen auf sich nehmen.

Huang Hua betonte: „China tritt seit jeher für das allseitige Verbot und die vollständige Vernichtung der Kernwaffen ein. Gleichzeitig haben wir die betreffenden Länder in ihren Bemühungen um die Errichtung von ‚kernwaffenfreien Zonen‘ in Lateinamerika, Südasien, Mittelosten und Afrika und einer ‚Zone des Friedens im Indischen Ozean‘ unterstützt. Wir meinen, die Supermächte sollten sich zumindest verpflichten, gegen die kernwaffenfreien Zonen keine Nuklearwaffen anzuwenden und alle mit Kernwaffen ausgerüsteten Streitkräfte von dort abzuziehen und ihre Kernwaffenbasen dort aufzulösen. Andernfalls fände die Errichtung von kernwaffenfreien Zonen nur dem Namen nach statt. Aber genau jene Supermacht, die oft große Töne über die Abrüstung spuckt, hat es bis heute abgelehnt, das Zusatzprotokoll II des Vertrages für das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika zu unterzeichnen. Ein anderes Beispiel: Seit 1971 verlangen die Anliegerstaaten des Indischen Ozeans, daß die Supermächte mit ihrer militärischen Präsenz im Indischen Ozean, die stets stärker wird, aufhören. Die Supermächte jedoch haben dies völlig ignoriert. Unter dem Vorwand des Schutzes ‚der Freiheit der Schiffahrt‘ und der ‚natürlichen Schiffahrtslinien‘ der sowjetischen Flotten hat die Sowjetunion ihre Kriegsflotte im Indischen Ozean verstärkt. Was sie will, ist, durch Erlangen von offenen oder geheimen Militärbasen und -anlagen in großem Maß zu expandieren — im Streben, Überlegenheit über die andere Supermacht zu erlangen. Ein anderes Beispiel: Die Mittelmeer-Staaten haben wiederholt erklärt, daß das Mittelmeer den Mittelmeer-Staaten gehört, und sie haben die Supermächte aufgefordert, ihre Flotten aus dem Mittelmeer abzuziehen. Die Supermächte haben sich auch hier taub gestellt. Die Sowjetunion, die absolut kein Mittelmeer-Staat ist, ist sogar soweit gegangen, sich als Herr des Mittelmeeres aufspielend, riesige Flottenverbände zu entsenden, die überall im Mittelmeer kreuzen, ihren Anspruch gibt sie mit den Worten ‚Wir sind keine Gäste in diesem Meer‘ kund.“

„All diese unbestreitbaren Tatsachen haben die Wirklichkeit von scheinbarer Abrüstung und tatsächlicher Aufrüstung seitens der Supermächte enthüllt“, fügte er hinzu.

Huang Hua entlarvte die fieberhafte demagogische sowjetische Propaganda für die Einberufung einer Welt-Abrüstungskonferenz. Er betonte: „Im gegenwärtigen Augenblick, da die beiden Supermächte ihre Schritte in Richtung eines neuen Weltkrieges beschleunigen, würde eine Abrüstungskonferenz in jeglicher Form nur Illusionen über den Frieden verbreiten und dazu dienen, die Völker der Welt zu täuschen und einzuschläfern und den zahlreichen kleinen und mittelgroßen Ländern die Hände zu binden. Also hätte eine solche Konferenz keinen Nutzen, sondern wäre nur schädlich.“ Er bekräftigte erneut, China vertrete die Auffassung, daß die Konferenz ein klares Ziel haben müsse und daß die notwendigen Voraussetzungen erfüllt sein müßten. Das klare Ziel ist das völlige Verbot und die vollständige Vernichtung der Kernwaffen und auf gar keinen Fall die sogenannte Begrenzung der strategischen Waffen. Die notwendigen Voraussetzungen sind: Alle kernwaffenbesitzenden Länder, besonders die zwei nuklearen Supermächte, müssen sich zuallererst eindeutig verpflichten, zu keiner Zeit und unter keinen Umständen als erste Kernwaffen einzusetzen und im besonderen keine Kernwaffen gegen kernwaffenfreie Länder und Zonen anzuwenden; sie müssen alle ihre Streitkräfte, einschließlich der mit Kernraketen ausgerüsteten Truppen, aus anderen Ländern zurückziehen und alle auf Territorien anderer Länder errichteten Militärbasen schleifen, inklusive der nuklearen Basen. Er betonte: „Jetzt, da die Supermächte es sogar abgelehnt haben, die minimalste Verpflichtung auf sich zu nehmen, nämlich keine Kernwaffen gegen die kernwaffenfreien Länder anzuwenden, wie kann da gesagt werden, daß die Bedingungen für die Einberufung einer Welt-Abrüstungskonferenz bereits vorhanden sind? In der Tat haben einige Länder ähnliche Ansichten zum Ausdruck gebracht und widersetzen sich der Einberufung einer Welt-Abrüstungskonferenz, die nichts sei als ‚ein Forum für betrügerische Propaganda, um das Wettrüsten zu verschleiern und die Völker der Welt hinters Licht zu führen‘.“

Huang Hua sagte: „Die Sowjetunion hat nun wiederum mit großem Tamtam einen neuen Vorschlag auf ‚Abschluß eines Vertrags über das allgemeine und vollständige Verbot von Kernwaffenversuchen‘ aufgetischt. Auf den ersten Blick ist zu sehen, daß er nicht als ein Ladenhüter in neuer Verpackung ist. Er fuhr fort: „Die ganzen Jahre hat die Sowjetunion unzählige Kerntests verschiedener Art durchgeführt. Ihr nukleares Arsenal hat sich in einem außerordentlichen Ausmaß erweitert. Unter diesen Umständen kann die bloße Einstellung der Kernversuche sie nicht im geringsten von der Fortsetzung der Produktion und von der Anwendung von Kernwaffen abhalten. Der Vorschlag eines sogenannten ‚allgemeinen Verbotes von Kernwaffenversuchen‘, isoliert vom völligen Verbot und von der vollständigen Vernichtung der Kernwaffen, kann weder einen nuklearen Krieg verhüten noch das Kernmonopol und die nukleare Bedrohung durch die Supermächte beseitigen. Im Gegenteil kann er nur die anderen Länder ihres gerechten Rechtes auf Widerstand gegen die nukleare Bedrohung durch die Supermächte berauben und den Kampf der Völker der Welt für das völlige Verbot und die vollständige Vernichtung der Kernwaffen schwächen. Geradeheraus gesagt, der von der Sowjetunion eingebrachte Vorschlag zielt in Wirklichkeit nur darauf ab, alle anderen zur Anerkennung des Rechtes der Supermächte zu bewegen, ihr Kernmonopol aufrechtzuerhalten.“

Huang Hua setzte fort: „Was den anderen neuen Resolutionseinwurf über das sogenannte ‚Verbot der Entwicklung und Herstellung von Waffen neuen Typs‘ betrifft, dem die Sowjetunion so genüßlich viele Worte gewidmet hat, ist er ebenso nicht als ein plumper Schwindel. Da muß man fragen: Da die Sowjetunion es sogar abgelehnt hat, auch nur die minimalste Verpflichtung zu übernehmen, nämlich nicht als erste Kernwaffen anzuwenden, was ist die Absicht der Sowjetunion, wenn sie von einem Verbot zukünftiger neuer Massenvernichtungswaffen schwätzt, die noch schrecklicher seien als Kernwaffen? Ihre Absicht ist keine andere, als die Aufmerksamkeit der Menschen von den unmittelbaren Problemen durch Beschwören fernliegender Dinge abzulenken.“ „Jahrein, jahraus bemüht sich die Sowjetunion angestrengt, in der UNO ihren Betrug der Scheinabrüstung zu inszenieren, aber mit immer geringerem Geschick, je mehr Zeit vergeht. Die in diesem Jahr von der Sowjetunion angepriesenen zwei sogenannten neuen Vorschläge haben die klägliche Lage der Sowjetunion völlig aufgedeckt, die in der Frage der Abrüstung mit ihrem Latein am Ende ist.“

Er betonte: „In seiner Vorbereitung auf einen neuen Krieg setzt der Imperialismus unvermeidlich schönklingende Worte wie ‚Frieden‘ ein. Was er damit will, ist, die Völker zu täuschen. ‚Frieden‘, ‚Entspannung‘, ‚Sicherheit‘, wie sie heute von Imperialismus und Sozialimperialismus marktschreierisch feilgeboten werden, sind in Wirklichkeit heuchlerische Phrasen, die ihre Kriegsvorbereitungen zudekken sollen. Versicherte nicht Hitler damals der ganzen Welt, er sei völlig bereit, alle Offensivwaffen aufzugeben, alle seine Truppen aufzulösen und den Frieden in Europa zu garantieren? Aber nicht lange darauf brach Hitler den zweiten Weltkrieg vom Zaun. Jetzt, da die Supermächte einänder heftig Konkurrenz machen und wie toll aufrüsten, wird es, geht es so weiter, eines Tages zu einem Krieg zwischen ihnen kommen. Das ist unabhängig vom menschlichen Willen. Blickt man der Realität ins Auge und geht man ihr nicht aus dem Weg, kann man unschwer erkennen, daß sich in den letzten Jahren die Kriegsgefahr erhöht hat und nicht verringert. Die Supermächte bereiten sich sowohl auf einen nuklearen Krieg als auch auf einen konventionellen Krieg vor. Warum sonst entwickeln die Supermächte, die bereits über große Kernwaffenarsenale verfügen, angestrengt konventionelle Waffen? Und warum sonst stiegen die sowjetischen Truppen von etwa drei Millionen Mann vor einigen Jahren plötzlich und rapide auf mehr als vier Millionen Mann an? Die Rivalität der beiden Supermächte um die Hegemonie weitet sich auf alle Teile der Welt aus, aber der Schwerpunkt ihres Ringens ist Europa. In der gegenwärtigen Welt sind nur die zwei Supermächte fähig, einen dritten Welkrieg zu entfesseln. Sie sind die Quelle eines neuen Weltkriegs, und die Gefahr kommt hauptsächlich vom ungeheuer ehrgeizigen Sozialimperialismus, der zwar ein Nachzügler, aber am schnellsten das Tempo der Aufrüstung beschleunigt. Es ist sehr gefährlich, leichtgläubig auf die betrügerische Propaganda der Supermächte über Entspannung und Abrüstung hereinzufallen und die Friedenshoffnungen mit der Realität zu verwechseln. Sich auf das ‚Gleichgewicht der Kräfte‘ oder auf das sogenannte ‚Gleichgewicht des Schreckens‘ zu verlassen, um den Status quo aufrechtzuerhalten, hieße, wie wir in China sagen, ‚mit vergiftetem Wein den Durst löschen‘. Unserer Meinung nach ist es unumgänglich notwendig, den Völkern die Wahrheit über das Anwachsen der Kriegsgefahr zu sagen, damit die Völker ihre Wachsamkeit erhöhen. Ist einer gut vorbereitet, wird er sicher sein; ist er es nicht, wird er Schaden erleiden.“

Abschließend sagte Huang Hua: „Sollte es eine der Supermächte wagen, unter Mißachtung des Willens der Völker einen neuen Weltkrieg zu entfesseln, wird sie sich vor den Völkern der Welt ins Unrecht setzen. Die Brutalität und das Wüten der Aggressoren führen zu ihrem eigenen Untergang. Denn sie rufen notwendigerweise den starken Widerstand und entschiedenen Kampf der Völker der Welt hervor. Der endgültige Sieg gehört, das ist sicher, den Verteidigern, die sich mutig gegen die Aggression erheben. Die Aggressoren werden schließlich mit einer vollständigen Niederlage enden.“

10. Jahrestag der KP Polens

Fortsetzung von Seite 8

ausgebeuteten Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz. Die KP Polens lehnt die konterrevolutionäre Politik der Klassenzusammenarbeit ab, sie entlarvt die reformistische sozialdemokratische Politik und den Kompromiß mit der Bourgeoisie, die die Gierek-Clique unter den Bedingungen des Verrats des Sozialismus gestützt auf bürgerliche Grundsätze befolgt. Die KP Polens steht auf den revolutionären Standpunkten des Klassenkampfes, der sozialistischen Revolution und der Ergreifung der ganzen politischen Macht durch die in ihrer marxistisch-leninistischen Partei organisierte Arbeiterklasse.

Bereits in den ersten Tagen ihres Bestehens führte die KP Polens zusammen mit dem Proletariat und den breiten werktätigen Massen einen unbeugsamen Kampf gegen den revisionistischen Verrat an den Lebensinteressen der Gesellschaft und des Volkes, damit das polnische werktätige Volk unter der Führung der wichtigsten und revolutionärsten Kraft der ganzen Gesellschaft, der Arbeiterklasse, die politische Macht wiedererringt. Die Dezember-Ereignisse bestätigen voll und ganz, daß die Generallinie der Politik der KP Polens korrekt ist. Allein durch den revolutionären Kampf unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei kann und wird die Arbeiterklasse ihren endgültigen Sieg erringen.

Die Zeitung analysiert den von Gomulka und später von Gierek befolgten Kurs und schreibt weiter: Die Wahrheit ist, daß das werktätige Volk nur unter der Führung der Arbeiterklasse und auf dem Weg des revolutionären und bewaffneten Kampfes die Unabhängigkeit erringen und die Diktatur des Proletariats errichten kann. Angesichts der uns bevorstehenden Schwierigkeiten und Klassenkämpfe ist es notwendig und dringende Aufgabe, die Vorhut der Arbeiterklasse in der KP Polens, und die Vorhut der revolutionären Jugend im Verband der Kommunistischen Jugend Polens zu organisieren.

Aufgabe Nummer Eins ist, illegale Zellen der KP Polens und des Verbandes der Kommunistischen Jugend Polens in jeder Fabrik, in jeder Institution, in jeder gesellschaftlichen Organisation in Stadt und Land unter den Reihen der Arbeiter und armen Bauern, der fortschrittlichen Intelligenz, der Universitätsjugend und in der Armee zu bilden. Gegen die konterrevolutionäre Gierek-Clique müssen alle Formen des legalen und illegalen Kampfes, alle legalen Organisationen ausgenützt werden.

Parallel zu den illegalen Zellen der Kommunistischen Partei Polens und des Verbandes der Kommunistischen Jugend Polens müssen ebenfalls in jeder Fabrik und in jeder Institution revolutionäre Ausschüsse aus parteilosen Arbeitern und Parteimitgliedern, aus aufrechten revolutionären Kämpfern geschaffen werden. Überall müssen die bestehenden gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Wirtschaftsorganisationen ausgenutzt werden, und dort, wo Streiks ausbrechen, müssen je nach Umständen und Notwendigkeit legale und halblegale Streikkomitees gebildet werden. Illegale revolutionäre Komitees müssen überall entstehen, in Stadt und Land, in Fabriken, Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen und durch sie konspirative, organisatorische Verbindungen hergestellt werden.

Die „Rote Fahne“, Organ des ZK der KP Polens, stellt weiter fest, daß die revolutionären Kräfte in der Welt zunehmen, und fährt dann fort: Die KP Polens und die heroische polnische Arbeiterklasse ist mit Albanien und China, mit der internationalen revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse und den Völkern, die für ihre nationale und soziale Befreiung und gegen den sowjetischen Sozialimperialismus, den US-Imperialismus und die Reaktion in der ganzen Welt kämpfen. Die KP Polens, schließt der Artikel in „Rote Fahne“, weist der Arbeiterklasse und den breiten werktätigen Massen den Weg, der zur Befreiung von der Herrschaft der Bourgeoisie und ihren revisionistischen Agenten führt, den Weg, um der kapitalistischen Sklaverei zu entkommen, sowie den Weg des Sieges der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Radio Tirana interviewt Gen.E.F.Hill

Über den Kampf der KP Australiens

Auf Einladung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens hat vor kurzem E. F. Hill, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Australiens/Marxisten-Leninisten, der VR Albanien einen Besuch abgestattet. Im Verlauf dieses Besuchs wurde Genosse E. F. Hill auch von Genossen Enver Hoxha empfangen, der ein herzliches und freundschaftliches Gespräch mit ihm führte, bei dem u. a. auch die Genossen Mehmet Shehu und Ramiz Alia anwesend waren. Anläßlich dieses Besuchs sendete Radio Tirana vor kurzem ein Interview mit Genossen E. F. Hill über die politische Lage in Australien und über die Arbeit, die die KPA/ML leistet, um die Massen im Kampf gegen das Monopolkapital und gegen das Eindringen der beiden Supermächte in Australien zu mobilisieren. Wir drucken dieses Interview im folgenden ab.

THE
VANGUARD
Vanguard expresses the viewpoint of the Communist Party of Australia (Marxist-Leninist)
,,DIE VORHUT'', Zentralorgan der KP Australiens/ML.

»Australien«, sagte er, »steckt in der Wirtschaftskrise. Die Krise hat für die werktätigen Massen eine Reihe von Schwierigkeiten mit sich gebracht. Es herrschen Arbeitslosigkeit, Armut und Inflation. Die wichtigsten Zweige der Wirtschaft befinden sich in Händen von multinationalen Gesellschaften, die hauptsächlich amerikanisch sind. Diese multinationalen Gesellschaften sind Schuld daran, daß Australien in die Krise der USA hineingezogen wird. Die australischen Arbeiter, Werktätigen und patriotischen Massen haben einen großen Kampf begonnen und setzen ihn fort, um den Lebensstandard und die Unabhängigkeit Australiens zu verteidigen. Die typischsten Losungen sind: ,,Zwingt die Reichen zu bezahlen!'', ,,Australien den Australiern''. Alle Schichten des Volkes sind in Bewegung. Die australischen Farbigen z. B. kämpfen wie nie zuvor in der Geschichte gegen die Unterdrückung. Die Massenbewegung erfolgt im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Bedingungen wie dem Umweltschutz, der Bildung, dem Gesundheitswesen usw.

Der Sozialimperialismus setzt alles daran, um in Australien einzudringen. Er hat der australischen Regierung vorgeschlagen, eine Station zur Steuerung von Satelliten zu errichten, angeblich für wissenschaftliche Zwecke, die aber in Wirklichkeit für Spionagezwecke gegen den eigenen Rivalen, den US-Imperialismus, dienen soll. Gleichzeitig hat der sowjetische Sozialimperialismus seine Blicke auf die zahlreichen Boden- und Naturschätze Australiens geworfen. Er hat nach Australien Basarow, ein Mitglied des sowjetrevisionistischen Zentralkomitees, als Botschafter geschickt. Seine Mission besteht darin, einen sowjetischen Einflußbereich im Ozean zu schaffen. Diese Aktivität der Sowjets hat die US-Imperialisten in Unruhe versetzt, die Schritte unternehmen, um ihre Interessen in Australien vor dem sowjetischen Sozialimperialismus zu verteidigen und um die Bewegung für nationale Unabhängigkeit in Australien zu bekämpfen.

Am 11. November kam es in Australien zu einer Art halbfaschistischen Staatsstreich, der von den US-Imperialisten einschließlich dem CIA unterstützt war. Der Generalgouverneur, eine Reliquie des Kolonialismus, der Vertreter der Königin Englands, der aber auch mit dem US-Imperialismus und dem CIA verbunden ist, löste mit einer beispiellosen und illegalen Handlung die Labour-Regierung auf, die, obwohl sie hauptsächlich dem US-Imperialismus diente, eine gewisse Unabhängigkeit bewiesen und sich etwas den sowjetischen Sozialimperialisten angenähert hatte. Der Generalgouverneur brachte in die Regierung erklärte Vertreter des US-Imperialismus, obwohl sie im Parlament in der Minderheit sind.

Die australischen Arbeiter, die werktätigen und patriotischen Massen haben erkannt, daß dieser halbfaschistische Staatsstreich mehr war als nur das Problem der Labour-Regierung. Sie erhoben sich im Kampf dagegen. Es wurden zahlreiche Streiks und Demonstrationen durchgeführt. In ganz Australien erschienen antifaschistische Losungen. Eine große Menge von Flugblättern wurde verteilt. Der Kampf geht weiter. Die Anstrengungen, diesen Kampf einzudämmen und ihn auf parlamentarische Geleise zu leiten, waren erfolglos. Der wilde Kampf hat den Parlamentarismus und die gesetzlichen Institutionen, die in eine konstitutionelle Krise verwickelt wurden, sowie den Generalgouverneur entlarvt. Das war für das Volk eine lehrreiche Erfahrung. Der Kampf wird ganz gewiß weiter vorangetrieben werden.«

Zur Arbeit der KPA/ML, um die Massen im Kampf gegen das Monopolkapital und gegen das Eindringen der beiden Supermächte zu mobilisieren, sagte Genosse Edward Hill folgendes:

»Die KPA/ML ist eine kleine Partei, doch sie hat die Linie des Kampfes für nationale Unabhängigkeit und für Sozialismus, für die Verteidigung des Lebensstandards und der unmittelbaren Interessen des australischen Volkes befolgt. Sie hat beharrlich gegen die multinationalen Gesellschaften gekämpft und die Losungen ausgegeben: ,,Zwingt die Reichen zu bezahlen!'' und ,,Australien den Australiern!'' Wir sind gegen den amerikanischen Imperialismus und gegen den sowjetischen Sozialimperialismus. Die Partei hat sich an mehreren Bewegungen des australischen Volkes beteiligt. Ihre Reihen haben sich seit ihrer Gründung im Jahre 1964 im allgemeinen gefestigt, vor allem durch die Aufnahme von jungen Parteimitgliedern. Durch den Kampf hat sich die Partei ideologisch, politisch und organisatorisch gestärkt. Sie hat gegen den Revisionismus, vor allem gegen den sowjetischen Sozialimperialismus gekämpft und seine Pläne in Bezug auf Australien entlarvt, wobei sie auch auf die Gefahr der Rivalität zwischen dem sowjetischen Sozialimperialismus und dem US-Imperialismus hinwies. Gleichzeitig hat die Partei eine führende Rolle bei der Bekämpfung des US-Imperialismus und seiner räuberischen Absichten gegenüber Australien gespielt. Die KPA/ML hält entschlossen das Banner des Marxismus-Leninismus hoch.«

Zimbabwe: Erfolge im Befreiungskampf

20000 Quadratmeilen sind schon befreit

Das Volk von Zimbabwe hat auch in der letzten Zeit seinen bewaffneten Kampf gegen das rassistische Regime des Faschisten Smith fortgesetzt. Die Berichte, die in der bürgerlichen Presse über eine angeblich nahe bevorstehende ,,friedliche Lösung'' und eine neue ,,Verfassungskonferenz über Rhodesien'' erschienen sind und die entsprechenden Angebote des Faschisten Smith sind Betrugsmanöver, um den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu hintertreiben und abzuwürgen.

Was von den ,,Angeboten'' und angeblichen ,,friedlichen Absichten des rassistischen Regimes zu halten ist, zeigt nicht nur die Ermordung des Genossen Herbert Chitepo durch Agenten des Regimes und die Verschleppung von Edson Sithole. Erst am 1. Juni dieses Jahres ermordeten die rassistischen Polizeikräfte elf Afrikaner und verwundeten weitere 23 durch Schüsse schwer, als sie gemeinsam mit Tausenden anderen in Salisbury gegen die grausame Unterdrückung, für ihre Freiheit demonstrierten.

Aber dieser konterrevolutionäre Terror hat den Haß des Volkes noch mehr geschürt und seine Entschlossenheit bestärkt, daß es seine Befreiung nur durch den bewaffneten Kampf erreichen kann. Das Volk von Zimbabwe hält die Waffen fest in der Hand und hat gerade in der letzten Zeit neue große Erfolge errungen. Die Befreiungskämpfer legen nicht mehr nur einfach Hinterhalte und Minen, sondern sie sind zu organisierten Angriffen auf Militärobjekte des Regimes, auf seine Verkehrslinien und Mittel, sowie auf die Farmen der weißen rassistischen Großgrundbesitzer übergegangen. Vor allem im nördlichen Teil finden die Befreiungskämpfer bei den verschiedenen Stämmen immer größere Unterstützung. Die Kampfhandlungen haben sich auf verschiedene Teile des Landes ausgedehnt und die Verluste der rhodesischen Rassisten waren, wie die Zeitschrift ,,Zimbabwe News'' meldet, groß. **Seit dem Dezember 9172 haben die Smith-Truppen über 1000 Soldaten verloren. Bis Ende 1974 war im nordöstlichen Teil des Landes ein 20000 Quadratmeilen großes Territorium, d. h., zehnmal mehr als 1972, befreit.** Die Erfolge des Kampfes der Befreiungskämpfer müssen sogar von den Vertretern des rassistischen Regimes zugegeben werden. So erklärte der Kriegsminister vor kurzem, daß mehrere Gebiete des Landes unkontrollierbar geworden sind und daß die Stellungen der Truppen des Regimes in den ländlichen Gebieten schwach sind.

Das Volk von Zimbabwe hat diese Erfolge errungen, indem es sich hauptsächlich auf seine eigenen Kräfte stützt und die Kraft des Volkskrieges voll zur Geltung bringt. Es hat aber auch die Unterstützung der afrikanischen Brudervölker und aller freiheitsliebenden Völker der Welt. Mit überwältigender Mehrheit verurteilte die gerade zu Ende gegangene UNO-Vollversammlung mehrmals die rassistischen Regimes in Rhodesien und Südafrika und erklärte den von ihren Befreiungsbewegungen geführten bewaffneten Kampf der Völker von Zimbabwe und Azania für gerechte Kriege gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Die UNO-Vollversammlung hat auch namentlich die westdeutschen Imperialisten verurteilt, weil sie gute Beziehungen zu den südafrikanischen Rassisten unterhalten und ihnen Hilfe und Unterstützung, darunter sogar Technologien für die Kernspaltung geben. Diese Hilfe der Bundesregierung ist eine direkte Beteiligung an der Unterdrückung der Völker des südlichen Afrika durch die reaktionären Regimes.

Hinter den rhodesischen und südafrikanischen Rassisten stehen die Imperialisten und vor allem die USA-Imperialisten. Ein gefährlicher Feind für die Völker von Azania und Zimbabwe sind aber auch die russischen Sozialimperialisten, die sich den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern als angeblicher Freund anbieten. Sie behaupten, daß sich die Völker von Azania und Zimbabwe nur durch ihre Hilfe und Unterstützung befreien könnten, um sich in die Reihen der Befreiungsbewegungen einzuschleichen, Sabotage zu üben und im gegebenen Moment das Erbe der alten Unterdrücker antreten zu können.

Das Volk von Zimbabwe hat aber gezeigt, daß es nicht bereit ist, sein Schicksal in die Hände anderer zu legen und entschlossen ist, den Kampf für seine Befreiung bis zu Ende zu führen.

Grosskundgebung in Istanbul

Unter der Parole ,,Weder Amerika noch Rußland — für eine unabhängige, demokratische Türkei'' fand am 23. November in Istanbul eine große Kundgebung der türkischen Revolutionäre und Marxisten-Leninisten statt. Einem Bericht der Zeitung ,,Halkin Sesi'' zufolge beteiligten sich an der Kundgebung und der ihr vorausgehenden Demonstration über 3000 Menschen.



Diese Kundgebung bildete den Abschluß eines revolutionären Volksmarsches durch verschiedene Gegenden der Türkei, der unter anderem auch an dem größten US-Militärstützpunkt im Land vorbeiführte. Bevor die Kundgebung in Istanbul begann, riefen Tausende revolutionäre Parolen, sangen revolutionäre Lieder, während sich der Kundgebungsplatz langsam füllte. Folgende Parolen waren zu hören: **,,Die beiden Supermächte werden unterliegen!'' — ,,Weder NATO noch Warschauer Pakt!'' — ,,Schluß mit der Okkupation, Freiheit für Zypern!'' — ,,Nieder mit Faschismus und Sozialfaschismus!'' und andere.**

Die Redner der Schlußkundgebung riefen dazu auf, die Anstrengungen zu verstärken, damit das ganze Volk eine breite Front gegen die beiden Supermächte, für eine unabhängige, demokratische Türkei bildet. Wenn auch die US-Imperialisten gegenwärtig die Türkei kontrollieren, so sind doch die russischen Sozialimperialisten nicht minder gefährlich. Für sie ist die Türkei in ihrem Ringen um Weltherrschaft ein besonderer Leckerbissen, und auf die Dardanellen hatten bekanntlich schon die alten Zaren großen Appetit. Die Redner der Kundgebung riefen auch besonders auf, den Kampf gegen die modernen Revisionisten kompromißlos zu führen, ihnen die sozialistische Maske vom Gesicht zu reißen und ihre gegen die Revolution gerichtete Tätigkeit als 5. Kolonne des russischen Sozialimperialismus zu enthüllen.

Mit großer Begeisterung wurde auf der Demonstration eine Grußadresse des ZK der KPD/ML an die Teilnehmer der Kundgebung aufgenommen, in der es u.a. heißt: **,,Die heutige Kundgebung ist ein großartiger Ausdruck für die Geschlossenheit der Völker der Türkei, des türkischen Proletariats und seiner revolutionären Vorhutpartei den Kampf gegen die beiden Supermächte für eine unabhängige und demokratische Türkei zum Sieg zu führen. Sie ist ein Ausdruck der großen internationalistischen Gesinnung der türkischen Arbeiter und Bauern. Das Proletariat und die Völker der Türkei werden mit Sicherheit einen großen Beitrag im Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte, für den weltweiten Sturz des Imperialismus und den Sieg der sozialistischen Weltrevolution leisten.''**

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00-6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,23 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
19.00-20.00	43,3m, 42,7m und 38,5m (KW)
21.00-22.00	ebenso

43,3m entspricht 6,92 MHz (KW)
42,7n entspricht 7,01 MHz (KW)
38,5m entspricht 7,78 MHz (KW)

Albanienserie in der 'Praline'

Wüste Hetze, üble Verleumdungen

Seit einiger Zeit veröffentlicht ein gewisser Dietrich Hesse in der Zeitschrift „Praline" einen „großen politischen Reisebericht" über die VR Albanien. Sechs Folgen sind bisher davon erschienen, sechs Folgen, von denen jede die unglaublichsten Lügen und Verleumdungen über das sozialistische Albanien über die Diktatur des Proletariats, die marxistisch-leninistische Partei der Arbeit Albaniens, über Genossen Enver Hoxha usw. usf. enthält. Die Serie ist Lumpenjournalismus der übelsten Sorte.

Hesse hat von Anfang an den Albanern gegenüber seinen wirklichen Beruf und seine wahren Absichten verschwiegen. Auf seinem Visumsantrag gab er einen falschen Beruf an. Im Auftrag seiner imperialistischen Herren bemüht sich Hesse vor allem, die Diktatur des Proletariats in den Schmutz zu ziehen und zu verleumden. In seinem Bericht wimmelt es deshalb von Menschen, die „stumm, mißtrauisch und abweisend" sein sollen, von denen „niemand lächelt". Überall sieht man angeblich „verstohlene Blicke aus unbewegten Gesichtern", und wer einen Spaziergang durch irgendeine albanische Stadt macht, muß, so hetzt Hesse, mit „beklemmenden" oder „unheimlichen" Erlebnissen rechnen. Solche und ähnliche Formulierungen und „Eindrücke" haben nur den Zweck, ein möglichst düsteres Bild vom Leben der Menschen in der VR Albanien zu zeichnen. Nach der Methode „Ich bin in Albanien gewesen, ich habe alles mit eigenen Augen gesehen" und auf die Uninformiertheit der Leser spekulierend, sollen sie glauben, daß die Diktatur des Proletariats ein Zuchthaus und der Aufbau des Sozialismus Zwang, Unterdrückung und Entbehrung für das Volk bedeutet.

In Wirklichkeit ist das Leben der Menschen in der VR Albanien weder beklemmend noch düster. Jeder, der nach Albanien fährt, kann sich selbst davon überzeugen, daß das albanische Volk, von der Partei der Arbeit Albaniens geführt, voller Begeisterung und revolutionärer Lebenskraft sein Land aufbaut und die Diktatur des Proletariats schützt und verteidigt. Albanien ist ein kleines Land, aber sein Beispiel strahlt weit über seine Grenzen hinaus. Trotz der Blockade der Imperialisten und Revisionisten, der Lügen und der Hetze hat die VR Albanien viele Freunde in Europa und auch in der Bundesrepublik. Das „Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa" besitzt eine große Anziehungskraft.

Um dieses Licht zu verdunkeln, schöpft Hesse aus allen möglichen trüben Quellen und bedient sich auch der von den modernen Revisionisten mit den sowjetischen an der Spitze in Umlauf gebrachten Verleumdungen. Dazu gehört auch die Lüge von der angeblichen Abhängigkeit der VR Albanien von der VR China. Die internationalistische Hilfe, die die VR China Albanien gibt, ist aber an keine Bedingungen gebunden. Die Freundschaft zwischen Albanien und China gründet sich auf den Marxismus-Leninismus, auf den gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus und den russischen Sozialimperialismus. Als die Partei der Arbeit Albaniens gegen Chruschtschows Verrat am Marxismus-Leninismus kämpfte und sich ihm nicht beugte, da streute dieser revisionistische Verräter die Lüge aus, daß sich Albanien an die VR China verkauft habe. Auch Hesse läßt nichts unversucht, um den kompromißlosen Kampf der VR Albanien für seine Freiheit und Unabhängigkeit in den Schmutz zu ziehen. Er hat nur Spott und Hohn dafür übrig. „Hast Du Dich nicht an diesen verkauft, so mußt Du Dich an jenen verkaufen", diese Sklavenmentalität, die Hesse und Co. dem deutschen Volk einflößen wollen, ist den Albanern allerdings fremd.

Zum Schluß beschimpft Hesse Genossen Enver Hoxha als „Massenmörder" und behauptet frech, daß von „seinen Mitstreitern der ersten Stunde alle verschwunden sind", obwohl dies eine ganz offensichtliche Lüge ist. Und was die Feinde des Sozialismus, die Agenten des Auslands angeht, die in Albanien ihre verdiente Strafe erhalten haben, so hat dazu Genosse Enver Hoxha in seiner Rede am 3. Oktober 1974 treffend erklärt: „Unverschämte Leute, Feinde, Agenten des Auslandes sind von Zeit zu Zeit in der Absicht aufgetaucht, dem Aufbau des Sozialismus, der glänzenden und stählernen Verteidigung unseres Vaterlandes, ein Hindernis in den Weg zu legen, aber sie sind hinweggefegt und auf der Stelle vernichtet worden, als sie ihre Nasenspitze zeigten."

Die Hetze und die Lügen in der „Praline" sind nicht nur gegen die VR Albanien, sondern auch direkt gegen unser Volk gerichtet. Die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, die Beendigung des Einflusses und der Herrschaft der beiden Supermächte in Deutschland, ein glückliches Leben und eine sichere Zukunft für das Volk, können nur durch die proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats erkämpft werden. Das ist der eigentliche Grund, warum die „Praline" so gegen die VR Albanien hetzt.

Erneut Sozialmieten erhöht

Die Mieten im sozialen Wohnungsbau sollen zum neuen Jahr wieder ansteigen. Allein für über eine Million Haushalte in NRW wird der Quadratmeterpreis bei Wohnungen, die die gewerkschaftseigene „Neue Heimat" gebaut hat, um 70 Pfennig pro Quadratmeter angehoben. Die Landesregierung in NRW hat dem bereits zugestimmt.

Inzwischen pfeifen es schon die Spatzen von den Dächern, daß die Sozialwohnungen, angeblich ein Beweis für den sozialen Charakter des westdeutschen Staates, zu den teuersten Wohnungen gehören. So hat sich innerhalb des letzten Jahres die Zahl der leerstehenden Sozialwohnungen von 6400 auf 9400 erhöht, weil die Mieten zu hoch sind und viele Familien gezwungen sind, statt in eine „Sozial"wohnung, in eine der vielen unzureichend ausgestatteten Altbauwohnungen einzuziehen. Und der staatliche Wucher mit den Mietpreisen soll noch weitergehen. So haben Vertreter der gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen bereits angekündigt, daß der Quadratmeterpreis für Neubauwohnungen im sozialen Wohnungsbau in den 80er Jahren 12-13 DM betragen wird.

Daran zeigt sich deutlich, daß der „soziale Wohnungsbau" keineswegs als Hilfe für die Werktätigen erfunden wurde, sondern als ein Mittel, den großen Baugesellschaften mit Hilfe des Staates sichere Profite zu gewähren.

Nato: Herr in fremden Häusern

Korrespondenz. Ich leiste zur Zeit meinen Wehrdienst ab. Kürzlich diskutierten wir über die Kriegsgefahr und darüber, wie entrechtet die Landbevölkerung bei uns ist. Da die Kameraden mir nicht glaubten, daß die Höfe der Bauern bei Manövern einfach besetzt werden können, fragten wir die Bauern selbst.

Ein Bauer erzählte uns, daß er beim letzten Manöver nicht gefragt worden war. Kurzerhand war sein Hof im Morgengrauen besetzt worden. Er wurde nur noch gefragt, ob man sein Haus betreten dürfe. Vor 3, 4 Jahren hat er mit einer solchen Besetzung einmal sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Es waren nur Reservisten vom KP-Chef bis zum Schützen gewesen, und die hausten auf seinem Hof wie Vandalen. Daraufhin weigerte er sich in den nächsten Jahren, Soldaten auf den Hof zu lassen. Wir fragten ihn, ob er gegen seinen Willen gezwungen werden kann, Soldaten auf den Hof zu lassen. Er antwortete uns, daß der Bund bei kleineren Übungen in der Regel dann zum Nachbarn geht. Bei NATO-Übungen dagegen werden ganze Landstriche zum Manövergebiet erklärt. Dann hat der Bauer kein Recht mehr auf seinen Hof.

Die Kameraden waren alle sehr empört, als sie das hörten. Einige erzählten dann noch von Ereignissen in ihren Heimatorten. So berichtete ein Kamerad aus dem Raum Würzburg, daß dort Panzer einen Sportplatz, den die Anwohner in Eigenhilfe erbaut hatten, durchwühlten. Weiter erzählte er, daß sich die Bauern dagegen wehrten, daß ein Panzer ihre Felder verwüstete. Daraufhin kamen nach einiger Zeit zwei Panzer und fuhren gegen den Willen der Bauern über die Felder.

Das Gespräch mit dem Bauern und die Erfahrungen der Kameraden selbst zeigen, daß man weder auf die NATO noch auf die Bundeswehr Hoffnungen setzen kann. Ihr Zweck ist es, die Interessen der Imperialisten durchzusetzen und das Volk zu unterdrücken.

Abrüstung auf amerikanisch

Mitte Dezember konnte man in der Zeitung lesen, daß die USA jetzt mit der Abrüstung Ernst machen würden. Geplant sei zunächst einmal der Abzug eines Teils der Raketenwaffen in Westdeutschland, und zwar der „Lance".

Dazu schrieb uns sofort ein Genosse aus der Bundeswehr:

Das ist ein kleines Beispiel dafür, wie die Bevölkerung mit den sogenannten Abrüstungsgesprächen hinters Licht geführt wird. Ich leiste zur Zeit meinen Wehrdienst in einer Raketenartillerieeinheit und weiß von daher, was von diesem Vorschlag zu halten ist.

Die Bundesrepublik ist vertraglich an die USA gebunden und hat sich so verpflichtet, Waffensysteme der Amis zu übernehmen. So wurde vor Jahren auf das Lenkraketensystem „sergeant" umgerüstet, das die Amis in ihrer Armee nicht mehr brauchten, weil sie ein besseres entwickelt hatten. Jetzt ist für die Amis das Raketensystem „Lance" überholt und wir bekommen es. So wird z.B. das Bataillon, in dem ich diene, im Laufe des nächsten Jahres vom System „Sergeant" auf „Lance" umgerüstet. Kein Wunder, daß die Amis planen, dann ihre „Lance"-Raketen „abzuziehen".

Bürgermedaille für Völkermörder

Zwei Jahre hatte das Fürther Bürgertum auf diesen Tag gewartet. Jetzt war es mit Hilfe Außenminister Genschers soweit. Henry Kissinger kam in seine Geburtsstadt, um dort persönlich die „Goldene Bürgermedaille" über seine Ehrenbürgerschaft in Empfang zu nehmen, und alles, was in Fürth Rang und Namen hatte, stand zum Stiefellecken Parade.

Man lobte diesen Vertreter des US-Imperialismus als einen Sohn Deutschlands, man ließ sogar anklingen, daß dieser Kriegsverbrecher, der 15jährig mit seinen Eltern nach Amerika auswanderte, ein Opfer des Hitlerfaschismus sei. Ja, man scheute sich nicht, diesem Mann zu bescheinigen, daß er sich mit seinen Reisen „für den Frieden" auch um seine Vaterstadt große Verdienste erworben habe. Außenminister Genscher schließlich setzte dem Ganzen die Krone auf, indem er erklärte, daß Kissinger mit seinen Reisen um die Welt der einzige sei, der der Menschheit den Frieden erhalten könne.

Die Fürther Bevölkerung allerdings war von dieser „bedeutenden Stunde" ausgenommen. Sie sah weder Kissinger noch Genscher, sondern nur Polizei. 400 Polizisten bildeten um den Ort der Urkundenübergabe eine feste Mauer. Und die Fahrt vom Flughafen nach Fürth legte Kissinger in einem Panzerwagen zurück, der extra zu diesem Anlaß von Amerika eingeflogen worden war. Die Fürther Honoratioren werden wissen, warum sie ihre Stadt, die mitten im US-Besatzungsgebiet liegt, an diesem Tag in eine Polizeifestung verwandelt haben. Bestimmt nicht deshalb, um Kissinger vor Ovationen und Blumengrüßen zu schützen.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW, Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 11. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.00-18.30 Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bremer Platz 16. Tel.: 0251 / 65 205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

BREMEN
Veranstaltung zum 7. Jahrestag der KPD/ML, 31. 12. 75, 20.00 Uhr, Landheim Tulpe, Hemmstr. 402.

DORTMUND/BOCHUM
Veranstaltung zum 7. Jahrestag der KPD/ML, 31. 12. 75, 20.00 Uhr, Haus Pelzing, Dortmund, Kesselstr.

REUTLINGEN
Solidaritätsveranstaltung für Klaus Kercher, 7. 1. 76, Gaststätte Römerschanze, Nebenzimmer, 19.00 Uhr

HAMBURG
Fotoausstellung ‚7 Jahre KPD/ML', 29. 12. 75, HH-Altona, Ölkersallee 5, „Zum alten Sängerheim"